

## **Abschlussbericht**

*Politische Sozialisation Jugendlicher in Parteien  
und sozialen Bewegungen*

*Dr. Anna Klein*

*Dipl.-Soz. Luise Papendorf*

Dr. Anna Klein | Dipl.-Soz. Luise Papendorf

**Abschlussbericht**

IKG Working Paper Nr. 10 | Erschienen April 2017

Publiziert unter der [Creative Commons Attribution-No Derivatives License](#)

Redaktion: Manuela Freiheit | Heiko Mata | Kurt Salentin

Mit Unterstützung von: Stephan Philipp Stockmeier | Daniel Schumacher

Klein, Anna/Papendorf, Luise (2017): Politische Sozialisation Jugendlicher in

Parteien und sozialen Bewegungen. IKG Working Paper Nr. 10

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>5</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>6</b>
<b>2. Theoretischer Hintergrund .....</b>	<b>9</b>
2.1 <i>Die politische Sozialisation in der Jugendphase .....</i>	9
2.2 <i>Soziale Bewegungen als Antrieb sozialen Wandels .....</i>	12
2.3 <i>Parteien als stabile staatliche Institution.....</i>	15
2.4 <i>Konkretisierung der Problemstellung .....</i>	17
<b>3. Methodisches Vorgehen .....</b>	<b>18</b>
3.1 <i>Der Einstieg in das Feld .....</i>	19
3.2 <i>Die Auswahl der Interviewpartner.....</i>	19
3.3 <i>Das problemzentrierte Interview.....</i>	21
3.4 <i>Der Leitfaden.....</i>	22
3.5 <i>Die qualitative Inhaltsanalyse .....</i>	24
<b>4. Empirische Ergebnisse .....</b>	<b>26</b>
4.1 <i>Wege zur Beteiligung .....</i>	26
4.1.1 <i>Zum Einfluss der Familie auf das politische Engagement.....</i>	27
4.1.2 <i>Wie finden Jugendliche Zugang zum politischen Engagement? .....</i>	30
4.1.3 <i>Das Anwerben neuer Mitglieder.....</i>	32
4.2 <i>Zur Art der Mitarbeit, Zeit und Einsatz .....</i>	35
4.2.1 <i>Politisches Engagement: Ein Mangel zeitlicher Ressourcen?.....</i>	36

4.2.2 Tätigkeiten und Aufgaben .....	37
4.3 <i>Motive der Beteiligung</i> .....	38
4.3.1 Drei Motive politischer Beteiligung.....	38
4.3.2 Weitere Faktoren, die die Mitarbeit begünstigen: Spaß und soziales Miteinander .....	43
4.4 <i>Politische Einstellungen</i> .....	46
4.4.1 Die Veränderung politischer Einstellungen.....	46
4.4.2 Einstellungen zur Demokratie.....	48
4.4.3 Einstellungen zu politischer Partizipation.....	51
4.5 <i>Hierarchien und Meinungsäußerung</i> .....	53
4.5.1 Zu den Hierarchiestrukturen .....	54
4.5.2 Über die Möglichkeit (k)einer Meinungsäußerung.....	57
4.5.3 Zusammenarbeit mit Parteien und sozialen Bewegungen? .....	61
4.6 <i>Handlungswirksamkeit und Einflussnahme</i> .....	63
4.7 <i>Zusammenfassung</i> .....	66
<b>5. Ausblick</b> .....	<b>73</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>75</b>

## **Abkürzungsverzeichnis**

P-1 – P-4	Parteimitglied_1 – Parteimitglied_4
SB-1 – SB-3	Mitglied sozialer Bewegung_1 – Mitglied sozialer Bewegung_4
Int	Interviewerin

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Darstellung der Interviewpartnerin und Interviewpartner .....	20
Tabelle 2: Zuordnung der Motive politischen Engagements .....	43

*Anna Klein, Luise Papendorf*

## **Einleitung**

Seit den Protesten um Stuttgart 21, den massenhaften Anti-Atom-Protesten und den jüngsten (Anti-) PEGIDA Demonstrationen wird in Deutschland vermehrt über Bürgerproteste und Bürgerbeteiligung debattiert (vgl. z.B. Rudolf/Bischoff/Leiderer 2011). Auch die insbesondere von jungen Menschen getragenen Proteste in Südeuropa und in den arabischen Ländern haben dazu beigetragen, dass Proteste und soziale Bewegungen in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Mehrfach ist konstatiert worden, Forschung auf diesem Gebiet sei in Deutschland unterentwickelt (Rucht 2011; Haunss/Ullrich 2013; Klecha 2013), obwohl auch für Europa und Deutschland in Zukunft mit zunehmenden Protesten gerechnet werden muss (ILO 2011, Walter 2013). In Deutschland dokumentieren Studien des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) eine gestiegene Bereitschaft in der Bevölkerung, an politischen Demonstrationen teilzunehmen (Klein/Heitmeyer 2012).

Aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive ist in diesem Kontext von besonderem Interesse, wie sich die politische Sozialisation verändert, wenn Erfahrungen politischer Beteiligung vermehrt im Rahmen von Protesten und sozialen Bewegungen stattfinden. Gerade für Jugendliche, deren politische Einstellungen sich noch ausbilden und verfestigen (Rippl 2008), ist empirisch gezeigt worden, dass sich politische Sozialisation zukünftig seltener über die Einbindung in politischen Parteien und häufiger über die Beteiligung an Protesten und in sozialen Bewegungen vollzieht (Dalton 2008; Betz/Gaiser/Pluto 2010). Somit stellt sich die Forschungs-

frage, ob sich die politische Sozialisation über die Beteiligung an Protesten und in sozialen Bewegungen von der in Parteien vollzogenen Sozialisation unterscheidet.

Die vorliegende Studie nimmt diese veränderten Bedingungen politischer Sozialisation vor dem Hintergrund einer krisenhaften Entwicklung der Demokratie in den Blick, die unter dem Begriff der „Postdemokratie“ (Crouch 2004; Jörke 2010) bzw. „Demokratieentleerung“ (Klein/Heitmeyer 2011) diskutiert wird. Dabei steht das Verhältnis von BürgerInnen zur parlamentarischen Demokratie im Zentrum einer Krisendiagnose, die mit Politikverdrossenheit, Wahlenthaltung und Vertrauensverlusten insbesondere in politische Parteien beschrieben wird. In diesem Kontext wandelt sich bei Jugendlichen die Art und Weise der politischen Beteiligung. Jugendliche orientieren sich weniger an der Norm der Staatsbürgerpflichten als vielmehr an dem Leitbild des engagierten Bürgers (Dalton 2008). Damit geht nicht ein Rückgang politischer Beteiligung insgesamt einher, sondern eine Abkehr von konventionellen Beteiligungsformen wie der Wahl und des parteipolitischen Engagements und gleichzeitig eine „Ausweitung und Differenzierung bei ‚modernerer‘ Formen der Beteiligung“ (Betz/Gaiser/Pluto 2010: 20), also „from voting to protest“ (Dalton 2008: 4). Mit Blick auf die politische Sozialisation Jugendlicher muss somit davon ausgegangen werden, dass politische Sozialisation von Jugendlichen zukünftig seltener über die Einbindung in politischen Parteien und häufiger über die Beteiligung an Protesten und in sozialen Bewegungen stattfindet. Letztere unterscheiden sich von politischen Parteien erheblich im Hinblick auf den Grad der Institutionalisierung, hierarchischen Strukturierung und Langfristigkeit. Sozialisationsverläufe innerhalb sozialer Bewegungen könnten deshalb deutlich anders, insbesondere

weniger eindeutig bzw. gradlinig ausfallen. Wie sich allerdings politische Sozialisation in Parteien und sozialen Bewegungen vollzieht, ist weitgehend eine Leerstelle politischer Sozialisationsforschung (Wiesendahl 1996). Die Forschung zur politischen Sozialisation hat sich weit mehr nicht genuin politischen Sozialisationsinstanzen zugewandt (Medien, Elternhaus) (vgl. Rippl 2008). Zudem ist die Forschung zu Protesten und sozialen Bewegungen in Deutschland insgesamt unterentwickelt (Haunss/Ullrich 2013; Klecha 2013). Des Weiteren fehlt es in der wissenschaftlichen Betrachtungsweise besonders an Längsschnittstudien, die nicht nur einen temporären Blick auf politisches Engagement liefern, sondern eben eine Sozialisationsperspektive einnehmen.

Da nun wie oben erwähnt anzunehmen ist, dass sich junge Menschen in politischen Bereichen immer seltener in parteipolitischen Kontexten und immer häufiger in sozialen Bewegungen engagieren, erscheint es von besonderem Interesse zu untersuchen, welche möglicherweise unterschiedlichen Motive dem Engagement jeweils zugrunde liegen. Gibt es Unterschiede zwischen den Jugendlichen, die sich in Jugendparteien und sozialen Bewegungen engagieren?

Die vorliegende Studie nimmt diese Unterschiede erstmals in den Blick. Dazu wurden qualitative Interviews mit sieben Jugendlichen, die sich entweder in Parteien oder in sozialen Bewegungen engagieren, geführt. Die Sozialisationsperspektive wird hier zunächst durch selbstberichtete Lern- und Eintrittsprozesse eingenommen, wobei zukünftig eine qualitative Längsschnittstudie die vorliegenden Ergebnisse ergänzen soll. Ziel des geplanten Projekts ist es, eine vergleichende Analyse der politischen Sozialisation zwischen unkonventionellen politischen Beteiligungsformen in



sozialen Bewegungen und konventionelleren Beteiligungsformen in Parteien vorzunehmen.

## **1 Theoretischer Hintergrund**

Oftmals wird in der empirischen Literatur konstatiert, dass das gesellschaftliche Interesse am politischen Geschehen äußerst gering erscheint (vgl. Westle 2006: 211). Zudem ist das Interesse von Jugendlichen an Politik wesentlich geringer als bei Erwachsenen, was in der Regel als alterstypisches Phänomen gedeutet wird, „da sich Interesse an Politik erfahrungsgemäß erst allmählich in der Adoleszenzphase entwickelt“ (vgl. ebd.). Diese Annahmen spiegeln sich in den empirischen Zahlen zur Verbreitung von gemeinnützigem Engagement unter Jugendlichen wider: Während sich Jugendliche mit 12 - 15% am häufigsten im Bereich des Sports engagieren, ist politisches Engagement nur bei 2% - 4% der Jugendlichen verbreitet (vgl. Picot 2011: 11). Inhaltliche Themenschwerpunkte des Engagements Jugendlicher sind z.B. Umwelt- und Tierschutz, Soziales, Jugend und Bildung, sowie Gesundheit. Demnach ist ein politisches Interesse unter den Jugendlichen nicht weit verbreitet und nur ein geringer Anteil an Jugendlichen geht einem politischen Engagement nach.

### **2.1 Die politische Sozialisation in der Jugendphase**

Sozialisation bezeichnet nicht das alleinige Erlernen sozialer Rollenmuster oder gesellschaftlicher Normen (vgl. Hurrelmann 2002: 14), sondern beinhaltet vielmehr den lebenslangen, interaktiven Prozess „der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit eines Individuums in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten, sozialen und materiellen Umwelt“ (Niederbacher/Zimmermann 2000: 15; siehe auch

Geulen u. Hurrelmann 1980: 51). Das Subjekt konstituiert seine Persönlichkeit im Zusammenspiel von Mensch und Umwelt, wobei es diese nicht einfach aufnimmt, sondern aus eigenem bewusstem oder unbewusstem Interesse heraus verarbeitet (vgl. Abels/König 2010: 194). Es bildet sich gewissermaßen zu einer sozial handlungsfähigen Persönlichkeit heraus (vgl. Hurrelmann 2002: 15), die als selbstbestimmtes Individuum eigenaktiv selbst ausgewählte Entwicklungsaufgaben bearbeitet (vgl. Ecarius et al. 2011: 69). Im Laufe der Entwicklung ist es in verschiedene soziale Kontexte eingebunden: Als primäre Instanz kann die Familie genannt werden, welche als zentrale Sozialisationsinstanz insbesondere in der Lebensphase der Kindheit bedeutsam wird (vgl. Niederbacher/Zimmermann 2000: 70). Im weiteren Verlauf der Entwicklung wird das Individuum in weiteren sekundären oder tertiären Instanzen sozialisiert, wobei für die Lebensphase des Jugendalters insbesondere die sekundären Sozialisationsinstanzen der Schule, Peers und Medien genannt werden können. Besonders die letzten beiden Bereiche ermöglichen den Jugendlichen eine eigene Gestaltbarkeit durch sie selbst (vgl. Ecarius et al. 2011: 69).

Neben den genannten klassischen Sozialisationskontexten gibt es noch weitere Bereiche, in denen die Jugendlichen mit „gesellschaftlichen Rollen und Leistungsanforderungen sowie einzelnen Tätigkeitsfeldern und Organisationen vertraut gemacht (z.B. in Beruf, Parteien und Verbänden)“ (Kevenhörster 2008: 62) werden. Gemeint sind hier Instanzen politischer Sozialisation, in denen bedeutsame Wertvorstellungen, Einstellungen zur Demokratie oder politisches Handeln vermittelt werden. Daraus können Zustimmung oder Entfremdung, Loyalität oder Protest folgen (vgl. ebd.: 73). So zählen als politische Sozialisationsinstanzen neben der Familie und Schule auch Vereine, Verbände, Protestbewegungen oder

Parteien. Gemeinsam ist allen die Vermittlung politischer Lernprozesse, die in der Wechselwirkung zur Umwelt die Entwicklung einer individuellen, politisch-gesellschaftlichen Identität ermöglichen (vgl. ebd.: 74; siehe auch Claußen 1980: 1ff).

Die grundlegenden politischen Orientierungsmuster werden besonders in der Lebensphase der Kindheit durch die Familie vermittelt (vgl. Kevenhörster 2008: 77). Im weiteren Verlauf des Heranwachsens, also der späten Kindheits- und Jugendphase, konstituieren sich zudem beständige und auf Dauer angelegte politische Einstellungen und Verhaltensweisen, die „die Erfassung komplexer politischer Konzeptionen und Ereignisse ermöglichen“ (ebd.).<sup>1</sup> So kommt der Jugendphase eine besondere Bedeutung zu, da sie einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Wechselspiel mit der Umwelt einnimmt und damit über die Vermittlung grundlegender Orientierungsmuster hinausgeht. Auf Grund dieser besonderen Einflussnahme wurde der Fokus der vorliegenden Studie auf die politische Sozialisation in der Lebensphase der Adoleszenz gelegt und empirisch untersucht.

Insbesondere für die politischen Sozialisationsinstanzen wie Jugendvereine oder Jugendparteien sind jedoch die Auswirkungen auf die Sozialisationsprozesse bei Jugendlichen nicht hinreichend untersucht worden (vgl. Grob 2009: 330). Beispielsweise gibt es Hinweise, dass die Bereitschaft, sich mit einer Partei zu identifizieren, bei Jugendlichen abnimmt (vgl. Kevenhörster 2008: 78). Ebenfalls nehmen Vereine einen Einfluss auf

---

<sup>1</sup> Im Erwachsenenalter folgt eine weitere Lebensphase politischer Sozialisation, in welcher der „politische Einfluss einer Lernerfahrung auf politische Orientierung und politisches Verhalten“ übertragen werden können (vgl. Kevenhörster 2008: 77). Doch diese Lebensphase steht hier nicht im Fokus der Forschung und soll deshalb keine weitere Beachtung finden.

die politische Sozialisation, doch wurden diese bislang nur hinsichtlich der Wertebildung von Bürgertugenden wie Toleranz oder Zivilcourage untersucht. Ihre Wirkung auf politische Meinungsbildung ist dagegen eher als geringfügig einzuschätzen (vgl. ebd.: 83). Insbesondere Bürgerinitiativen oder Demonstrationen haben im Zuge eines gesellschaftlichen Wandels in der „Postdemokratie“ einen erhöhten „Stellenwert von Selbstverwirklichung, Mitbestimmung, Unabhängigkeit und Kommunikation“ (ebd.: 95) erfahren. Dabei handelt es sich um unkonventionelle Formen politischer Einflussnahme, die im Gegensatz zu stark institutionalisierten Formen des Engagements wie der Parteimitarbeit für Jugendliche wesentlich attraktiver erscheinen (vgl. ebd.).

Dass in parteipolitischen Kontexten des Engagements andere Verläufe politischer Sozialisation erwartet werden als im Kontext sozialer Bewegungen, hängt wesentlich mit den unterschiedlichen Merkmalen dieser Institutionen zusammen. Deshalb sollen zunächst die unterschiedlichen Organisationsformen und Charakteristika sozialer Bewegungen und Parteien vorgestellt werden, da diese den Rahmen unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen bilden.

## **2.2 Soziale Bewegungen als Antrieb sozialen Wandels**

Soziale Bewegungen haben sich bereits seit Jahrhunderten als dauerhafter Bestandteil des gesellschaftlichen und politischen Lebens etabliert (vgl. Kern 2008: 15). Insbesondere in modernen Gesellschaften nehmen sie einen wichtigen Stellenwert für gesellschaftliche Veränderungen ein.

Zur gängigsten Begriffsbestimmung von „sozialer Bewegung“ zählt die Definition des Bewegungsforschers Dieter Rucht. So werden soziale Bewe-

gungen als ein „auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 338f.) definiert. Die recht allgemein formulierte Definition kann um eine spezifischere Definition ergänzt werden. Demnach wird unter sozialen Bewegungen „ein Netzwerk, bestehend aus Organisationen und Individuen, das auf Basis einer geteilten kollektiven Identität mit Hilfe von überwiegend nicht-institutionalisierten Taktiken versucht, sozialen, politischen, ökonomischen oder kulturellen Wandel herbeizuführen, sich ihm zu widersetzen oder ihn rückgängig zu machen“ (Kolb 2002: 10) verstanden. Eine soziale Bewegung besteht folglich aus einem Netzwerk *verschiedenster* Organisationen und Akteure mit einem gemeinsamen Interesse, das mit Hilfe von Protesten verfolgt wird. Hierzu kann beispielsweise die Anti-Atombewegung oder eine Anti-Überwachungsbewegung gezählt werden.

Zu den Haupttypen von Organisationen, die zu einer sozialen Bewegung gehören, können u.a. Bürgerinitiativen wie gesetzlich eingetragene Vereine, die eine Basis für die Mobilisierungsstruktur von Bewegungen bilden, gezählt werden (vgl. Kolb 2002: 12)<sup>2</sup>. Ein gemeinnütziger Verein wird aus juristischer Perspektive definiert als „eine freiwillige Personenvereinigung, die zur Erreichung eines gemeinschaftlichen Zwecks gegründet, auf Dauer angelegt, körperschaftliche organisiert, vom Wechsel der Mitglieder unabhängig und mit einem Gesamtnamen versehen ist“ (Leipold

---

<sup>2</sup> Weitere Typen von Organisationsformen sind Aktionsgruppen, Public Interest Groups sowie Lobby-Gruppen und Think Tanks (siehe Kolb 2002: 12). Da sie für die vorliegende Arbeit keine Relevanz besitzen, werden sie nicht weiter definiert.

2008: 432). Ein eingetragener Verein darf nur ideelle und keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen. Hierzu zählen neben wohltätigen, sportlichen, künstlerischeren auch politische Zwecke. Zudem erfolgt eine Mitgliedschaft im Verein auf freiwilliger Basis. Diese juristische Definition eines Vereins wird auch in soziologischen Kontexten als Grundlage zur Formulierung einer Begriffsdefinition verwendet (vgl. van Bentem 2006: 59). Die Soziologie orientiert sich allerdings am Zweck und weniger an der formalen Rechtsform einer Organisation. Dabei besteht die Übereinstimmung, dass ein Verein einen ideellen Zweck verfolgen soll (vgl. ebd.). Besonders Non-Government-Organisations (NGOs), die in Deutschland häufig die Rechtsform eines eingetragenen Vereins annehmen (vgl. Zimmer 2007: 36ff.), beteiligen sich als Bündnispartner an sozialen Bewegungen. Sie engagieren sich in Protestkampagnen und können damit ebenfalls einen großen Einfluss auf den Verlauf von Protestwellen ausüben (vgl. Kern 2008: 16).

Alle Mitglieder einer sozialen Bewegung sind als korporative Akteure anzusehen, bei dem ihre Mitglieder nicht als Individuen, sondern als Einheit auftreten und eine kollektive Identität annehmen.

Darüber hinaus werden aber auch zunehmend etablierte Gruppen wie Parteien oder Interessens- und Berufsverbände zu den Trägern sozialer Bewegungen gezählt, die durch eine Beteiligung ihren politischen Zielen stärkeren Nachdruck verleihen wollen (Kern 2008: 15). Letztere sind nach juristischer Definition ein eingetragener Verein und besitzen eine formale Rechtsform sowie eine politische Funktion (vgl. Bentem 2006: 60). Diese juristische Begriffsbestimmung greift allerdings sehr kurz. Zudem gibt es bislang keine einheitliche Begriffsverwendung für Verbände (ebd.: 28),

dennoch kann auf eine politikwissenschaftliche Perspektive zurückgegriffen werden: „Verbände sind Vereinigungen, die vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Interesses der Mitglieder bestimmte nach außen oder innen gerichtete Ziele verfolgen“ (Hackenbroch 1998: 482). So sind Verbände Interessensvertretungen bzw. Interessensverbände, die eine politische Zielrichtung verfolgen und eine formale Mitgliedschaft erfordern (vgl. ebd.). Sie können nach innen gerichtete Interessen vertreten. Sie können aber auch nach außen gerichtete Interessen verfolgen, was hier von besonderem Interesse ist. Dies gilt beispielsweise für Gewerkschaften, die politische Ziele wie beispielsweise die Verbesserung der allgemeinen Arbeitnehmerrechte verfolgen. Des Weiteren können Interessensverbände ein Zusammenschluss aus Einzelpersonen, aber auch aus Vereinen und Unterverbänden darstellen (vgl. van Bentem 2006: 24).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass soziale Bewegungen durch die Beteiligung verschiedener Organisationstypen gekennzeichnet sind. Dies können Vereine, Verbände, NGOs und auch Parteien sein. Ebenso können Einzelpersonen oder informell organisierte Gruppen an sozialen Bewegungen beteiligt sein. Die Beteiligung an einer sozialen Bewegung ist deshalb als potentiell niedrigrschwellig und wenig formalisiert anzusehen: „Die stärker an grundsätzlichen Idealen orientierten und weniger formal organisierten Strukturen stellen wohl (...) leichtere Zugangswege dar“ (Gaiser et al. 2016: 23).

### **2.3 Parteien als stabile staatliche Institution**

Es stellt sich nun die Frage, ob und wie Parteien als Typen von Bewegungsorganisationen hinzu gezählt werden können, denn Parteien können als Bündnispartner von Protestbewegungen auftreten (s.o.). Einerseits wird

dafür plädiert, sie klar von Bewegungsorganisationen zu unterscheiden, da sie als „politische Organisationen, [...] das Ziel der Erringung von politischen Entscheidungspositionen verfolgen und dadurch zu Elementen eines durch die Konkurrenz um Wählerstimmen und Machtanteile in den staatlichen Institutionen definierten Systems werden“ (von Winter 2013: 392). Andererseits haben Parteien ähnlich wie soziale Bewegungen das übergeordnete Ziel gemeinsam, zwischen den Sphären der BürgerInnen und des Staates zu vermitteln und Einfluss auf die politische Willens- und Entscheidungsbildung zu nehmen (vgl. ebd.: 387). Im Wesentlichen unterscheiden sie sich jedoch in ihren Organisationszwecken, Strukturen und Strategien. Soziale Bewegungen sind als Vermittler zwischen BürgerInnen und Staat näher an den sozialen Gruppen angesiedelt, wohingegen Parteien als Sphäre zwischen BürgerInnen und Staat *stärker an die Entscheidungsstrukturen des politisch-administrativen Systems gebunden sind* (vgl. ebd.: 389). Zudem unterliegen Parteien einem Partei- und Wahlgesetz und sind auf die *Ausübung politischer Entscheidungsgewalt* ausgelegt. Sie verfolgen den primären Zweck „durch die Mobilisierung von Wählerstimmen politische Mandate und Ämter zu erringen und damit Machtpositionen in Parlamenten und Regierung zu besetzen“ (ebd.: 390). Folglich zeichnen sich Parteien durch ihre *instrumentelle auf Machterwerb zielende Ausrichtung* aus. Im Gegensatz zu sozialen Bewegungen, deren Bestrebung der Versuch ist, „auf direktem oder indirektem Wege, in informeller oder auch formeller Form Einfluss auf die politische Willens- und Entscheidungsbildung auszuüben, ohne selbst Entscheidungsverantwortung zu übernehmen“ (ebd., siehe auch Willems/von Winter 2007: 23). Für soziale Bewegungen ist jedoch weder der Machterwerb noch die Beteiligung an Wah-



len ein gesetztes Ziel. Demzufolge kann geschlussfolgert werden, dass sofern sich eine Partei an sozialen Bewegungen beteiligt, ihr ein instrumentelles Machtmotiv unterstellt werden kann. Eine Beteiligung könnte beispielsweise auf Grund einer Wählermobilisierung erfolgen. Infolgedessen unterscheiden sie sich von den anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungsorganisationen wie Vereinen, NGOs und Verbänden wesentlich voneinander. Demzufolge werden nachfolgend Parteien als eigenständige Gruppierung den sozialen Bewegungen gegenübergestellt.

#### **2.4 Konkretisierung der Problemstellung**

Das Projekt soll die politische Sozialisation Jugendlicher in Parteien einerseits und sozialen Bewegungen andererseits in den Blick nehmen. Im Unterschied zu der herkömmlichen Forschung zu politischer Sozialisation (für einen Überblick siehe Rippl 2008) analysiert das vorliegende Projekt die Sozialisation in genuin politischen Sozialisationsinstanzen. Da zur Sozialisation in Parteien und sozialen Bewegungen insgesamt wenig geforscht wurde (Wiesendahl 1996: 401; Haunss/Ullrich 2013), kann das Projekt kaum auf einen gesicherten Forschungsstand zurückgreifen.

Unterschiedliche Motive, politische Ansichten und Handlungsweisen von Jugendlichen in Parteien und sozialen Bewegungen sollen daher anhand einer qualitativen Studie kontrastierend nachgezeichnet werden. Offen ist beispielsweise, ob Jugendliche, die sich in sozialen Bewegungen engagieren, eine weniger affirmative Haltung zum politischen System entwickeln. Sind parteipolitisch engagierte Jugendliche Verfechter der parlamentarischen Demokratie und befürworten Jugendliche aus sozialen Bewegungen eher basisdemokratische Demokratieentwürfe? Unterscheiden sich die Motive der Mitarbeit?

Aufgrund des begrenzten Wissens zur politischen Sozialisation Jugendlicher durch genuin politische Institutionen muss das Forschungsfeld zunächst mit einem relativ offenen, qualitativen Zugang erschlossen werden. Ein erster Feldzugang, die Erprobung eines Leitfadens sowie die Überprüfung der Plausibilität eines kontrastierenden Ansatzes wurden in einer Vorstudie zur geplanten Längsschnittstudie durchgeführt und werden in dem vorliegenden Bericht vorgestellt.

## **2. Methodisches Vorgehen**

Für unsere Fragestellung nach den Sozialisationsprozessen von Jugendlichen in politischen Organisationen erscheint ein kontrastierender Vergleich politischer Organisationsformen zwischen sozialen Bewegungen und Parteien notwendig. Dafür wird eine qualitative Vorgehensweise gewählt, die es ermöglicht, die subjektiven Sinnstrukturen der Jugendlichen herauszuarbeiten und zu differenzieren. Im Wesentlichen geht es dabei um die Rekonstruktion des subjektiven Sinns und seiner biografischen Einbettung, also um das „Verstehen von Verstehen“ (Soeffner 1989). Mit Hilfe der qualitativ-verstehenden Analyse sollen folglich latente Sinnstrukturen aufgedeckt werden, die „auf einen Sinnzusammenhang für das Bewusstsein des Setzenden“ (Schütz 2004: 270) hinweisen.

Mit Bezug auf die vorliegende Arbeit bedeutet dies, die Prozesse einer Sozialisation in politischen Organisationen für die politisch engagierten Jugendlichen herauszuarbeiten und zu verstehen. In einem zweiten Analyseschritt werden diese nach der Zugehörigkeit zu politischen Trägerschaften gegenübergestellt mit dem Ziel, die latenten Sinnstrukturen der Jugendlichen aufzudecken, um konkretere Erkenntnisse über die Sozialisationsprozesse in verschiedenen politisch-aktiven Kreisen zu gewinnen.

Dafür wurden leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews mit freiwillig politisch engagierten Jugendlichen geführt, welche anschließend mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet wurden.

### **3.1 Der Einstieg in das Feld**

Der Feldzugang erwies sich als schwierig, da er nicht über staatliche Institutionen wie dem Schulsystem o.ä. hergestellt werden konnte. Anfragen an Schulen waren weniger denkbar, da für das Forschungsinteresse nur politisch aktive SchülerInnen interessant waren, deren Engagement nicht im standardisierten Schulunterricht stattfand. Daher wurden einige Träger gesellschaftspolitischen Engagements und Jugendparteien im näheren Umkreis recherchiert und angeschrieben. Hierzu zählten sowohl (Jugend-)Vereine, Hochschulgruppen, (Jugend-)Gewerkschaften und (Jugend-)Parteien. Wir entschieden uns zudem für Aushänge an Schulen. Nach und nach folgten Rückmeldungen und schriftliche Nachfragen, die letztendlich mehrere Interviewtermine zustande brachten.

Neben der Herstellung eines Kontakts erwies sich die Altersgruppe der 14 bis 18 Jährigen als besonders schwierig. Wir erhielten viele Absagen politischer Organisationen, die zeigten, dass es kaum engagierte Mitglieder im gewünschten Alter gab. Auf Grund der anfänglichen Schwierigkeiten wurde die Altersgrenze auf 19 Jahren angehoben, was den Gewinn weiterer InterviewpartnerInnen ermöglichte.

### **3.2 Die Auswahl der Interviewpartner**

Insgesamt konnten sieben Interviews mit politisch engagierten Jugendlichen durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um vier Mitglieder einer Jugendpartei und drei Mitglieder sozialer Bewegungen, die entweder in

einem Jugendverein oder einem Jugendverband aktiv waren (siehe Tabelle 1). Bei der Wahl der Mitglieder politischer Träger wurde zudem darauf geachtet, ein heterogenes politisches Feld auszuwählen, damit sich die inhaltlich-politischen Ausrichtungen nicht überschneiden. So konnte auf ein politisches Spektrum von linken bis hin zu mittig-konservativen Engagierten zurückgegriffen werden. Ebenfalls gab es beim Engagement für spezifische Themenfelder kaum inhaltliche Überschneidungen.

Tabelle 1: Darstellung der Interviewpartnerin und Interviewpartner

	Partei_1	Partei_2	Partei_3	Partei_4	SozB_1	SozB_2	SozB_3
<b>Geschlecht</b>	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	weiblich
<b>Alter</b>	16	19	18	18	19	18	17
<b>Schule</b>	SEK1	Abitur	Abitur	Ausbildung	Abitur	Abitur	Abitur
<b>Position</b>	o. Mitglied <sup>3</sup>	Vorstand	Vorstand	o. Mitglied	Kein Mitglied	o. Mitglied	Vorstand

Quelle: Eigene Darstellung

Aus Datenschutzgründen wurde bei der Darstellung der Interviewpartnerin und Interviewpartner auf die Anonymisierung der verschiedenen Organisationen sowie ihrer Herkunft geachtet. Daher kann nicht spezifiziert werden, welche/r Befragte/r zu welcher politischen Ausrichtung gezählt werden kann. Die verwendeten Abkürzungen für die Interviewpartner finden sich in der nachfolgenden Darstellung der empirischen Ergebnisse in derselben Form wieder.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> O. Mitglied = ordentliches Mitglied

<sup>4</sup> In der Darstellung der empirischen Ergebnisse werden für die Zitate folgende Abkürzungen verwendet: Die Befragten erhalten beispielsweise für „Partei\_1“ die Abkürzung „P-1“ oder für „SozB\_2“ die Abkürzung „SB-2“. Die Interviewerin erhält die Abkürzung „Int“.

Das durchschnittliche Alter der befragten Jugendlichen beträgt 17,8 Jahre. Wie bereits erwähnt, erwies sich der Gewinn jüngerer Befragter als Herausforderung. Die einzige weibliche Befragte war zum Zeitpunkt des Interviews 17 Jahre alt und der jüngste Interviewpartner 16 Jahre alt. Zudem waren alle Jugendlichen seit einem oder mehreren Jahren in Jugendparteien oder sozialen Bewegungen aktiv.

Alle befragten Parteimitglieder waren zum Zeitpunkt der Befragung ordentlich eingetragene Mitglieder ihrer Jugend- sowie ihrer Hauptpartei (siehe Tabelle 1). Zudem waren zwei der befragten Parteimitglieder aktive Vorstandsmitglieder. Aus dem Bereich der sozialen Bewegungen war der erste befragte Jugendliche zwar ohne formale Mitgliedschaft, jedoch als aktives Mitglied in einem Verein tätig. Der Zweite war als formales Mitglied durch eine ordentliche Mitgliedschaft im Verein tätig und als Vorstand aktiv. Die dritte Jugendliche war kennzeichnend durch eine formale Mitgliedschaft ebenfalls als Vorstand in einem politisch, nach außen gerichteten Verband tätig. Mit allen InterviewpartnerInnen wurden problemzentrierte Interviews durchgeführt.

### **3.3 Das problemzentrierte Interview**

Für die vorliegende Studie eignete sich das problemzentrierte Interview (PZI) nach Witzel (2000) in besonderer Weise. Im Gegensatz zur narrativen Interviewform, welche ausschließlich eine offene, erzählgenerierende Interviewführung vorsieht, ermöglicht das PZI eine Kombination von offener und leitfadengestützter Gesprächsführung (Hopf 2000: 355; Kurz et al. 2007: 465). Das Interview wird auf ein bestimmtes Anliegen zentriert und ermöglicht den Interviewpartnern gleichzeitig durch offene Fragestellungen „frei zu Wort“ zu kommen (vgl. Kurz et al. 2007: 465). Somit zielt das

PZI auf eine „möglichst unvoreingenommene Erfassung individueller Handlungen sowie subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Realität“ (Witzel 2000).

Das Vorwissen der Forschenden hilft bei der Konstruktion des Leitfadens und dient als heuristisch-analytischer Rahmen (vgl. ebd.). Wie bereits erwähnt, wird das Interview auf ein Anliegen bzw. ein Problem hin zentriert. Gemeint ist hier allerdings nicht die Fokussierung auf ein Problem im Interview, sondern der Erkenntnisgewinn hinsichtlich einer gesellschaftlich relevanten Problemstellung. Ähnlich wie beim narrativen Interview werden auch beim PZI erzählgenerierende Fragen gestellt. Die Interviewerin/der Interviewer hat jedoch im Gegensatz zum narrativen Interview die Möglichkeit, das Gespräch zu lenken und mit gezielten Fragen auf das eigentliche Interesse zurück zu kommen. Ebenfalls können während der Gesprächssituationen gezielte Nachfragen oder auch diverse Explikationen zu Begründungen, Meinungen und Erklärungen mit einbezogen werden (vgl. ebd.).

Diese Kombination aus induktiv-deduktiver Interviewführung ermöglichte in der vorliegenden Untersuchung eine angemessene Erhebung der forschungsleitenden Frage. Diese Erhebung stützt sich auf einen halbstandardisierten Leitfaden, kombiniert mit ad-hoc gestellten offenen Nachfragen während der Gesprächsführung.

### **3.4 Der Leitfaden**

Gemäß der vorliegenden Problemstellungen zur Erfassung der Sozialisationsprozesse wurden zwei Befragungsgruppen ausgewählt: Jugendliche Parteimitglieder und Jugendliche, die Mitglied in einer sozialen Bewegung

gen waren (siehe auch Kapitel 3.2). Die inhaltliche Ausrichtung der Leitfäden für beide Gruppen hat sich dabei kaum voneinander unterschieden, da für das Forschungsinteresse dieselben forschungsleitenden Fragen relevant waren, um später einen Vergleich herstellen zu können.

Zu Beginn des Interviews<sup>5</sup> wurde eine offene, auf den biografischen Hintergrund des Interviewpartners abzielende Frage formuliert. Hierbei ging es darum, wie der Befragte zur Organisation gekommen ist und was ihn zum Beitritt bewegt hat. Im Anschluss daran wurde das Demokratieverständnis beleuchtet, um mehr über die politische Meinung der Interviewpartner/in zu erfahren. Ebenfalls war von Interesse, wie sehr sich die Jugendlichen mit ihrer politischen Organisation identifizieren und ob und in welchen Bereichen sie sich von dieser abgrenzen. Gleichzeitig war von besonderem Interesse, welche Meinung sie über andere Organisationsformen haben: wie Parteimitglieder zu sozialen Bewegungen stehen und umgekehrt. Für die Erfassung der Sozialisationsprozesse waren die Form der Mitarbeit und das Erlernen spezifischer Handlungen in den jeweiligen Organisationen ebenfalls interessant. Sicherlich bietet eine solche Interviewsituation nur einen punktuellen Blick auf Prozesse der Sozialisation, doch ermöglicht sie zumindest die Erfassung subjektiver Wahrnehmung hinsichtlich ihrer eigenen Erfahrungen. Zuletzt wurden Fragen hinsichtlich der politischen Aktivität der Eltern und der politischen Einstellungen von Familie und Peers gestellt. Hin und wieder wurden in der Interviewsi-

---

<sup>5</sup> Vor der Eröffnung des Interviews hat sich die Interviewerin kurz mit ihrem Forschungsinteresse vorgestellt. Es wurde auf die Datenschutzrichtlinien hingewiesen sowie das Einverständnis einer Tonbandaufnahme für das Interview eingeholt.

tuation bestimmte Inhalte vorgezogen und ausgetauscht, wenn die Interviewerin festgestellt hat, dass sie mit spezifischen Fragen an die Explikationen der befragten Jugendlichen anknüpfen konnte. Ebenfalls nahm die Interviewerin eine sehr offene Haltung gegenüber neuen und unbekanntem Explikationen ein, um tiefergehende Verständnisfragen stellen zu können.

Durchschnittlich dauerten die Interviews eine Stunde. Die Tonbandaufnahmen der Interviews wurden mit Hilfe eines Audiotranskriptionssystems in die schriftliche Form überführt, damit sie anschließend mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet werden konnten.

### **3.5 Die qualitative Inhaltsanalyse**

Für die Analyse des Datenmaterials wurde die qualitative Inhaltsanalyse (QIA) herangezogen, welche maßgeblich von Philipp Mayring (2008) geprägt wurde. Wie andere interpretative Analysemethoden versucht auch die QIA die latenten Sinnstrukturen verschiedener Kommunikationsmedien, allen voran die der kommunikativen Textsegmente, aufzudecken. Sie ist folglich für Textanalysen jeglicher Art geeignet und damit auch für die vorliegenden Transkripte der Interviews. Für die qualitative Textanalyse wurde das Verfahren der induktiven Kategorieentwicklung gewählt, die neben der stetigen Anpassung eines Kodiersystems auch gemäß des qualitativen Paradigmas einen zirkulären Interpretationsprozess vorsieht.

Der wesentliche Vorteil der QIA liegt im Gegensatz zu anderen Vorgehensweisen wie der Grounded Theory oder der Objektiven Hermeneutik in ihrer Regelgeleitetheit. Die QIA legt inhaltsanalytische Interpretationsregeln fest, die dem Forscher ein systematisches Vorgehen erleichtern (vgl.



Mayring 2008: 13). Dabei werden Kategorien definiert, die „direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess ab[geleitet werden], ohne sich auf vorab formulierte Theorienkonzepte zu beziehen“ (Mayring 2008: 75, *eckige Klammer der Verfasserin*). Sie dienen zudem als Selektionskriterium. Die QIA ermöglicht somit eine systematische Materialreduzierung nach vorher festgelegtem Abstraktionsniveau mit anschließender Interpretation (vgl. Mayring 2008: 74ff). Das bedeutet, dass einzelne Textsegmente paraphrasiert werden, indem zum Beispiel unwesentliche, ausschmückende oder vom Thema abweichende Aussagen gestrichen werden (Materialreduzierung; vgl. Mayring 2008: 76). Die Orientierung für das Wesentliche erfolgt dabei entlang der Fragestellung und dem Erkenntnisinteresse. Auf Grund des systematischen Vorgehens wird die QIA intersubjektiv nachvollziehbar und überprüfbar gemacht. Zudem muss festgelegt werden, wie tief die Kategorienbildung in das Material gehen soll – also wie konkret oder abstrakt die Kategorien gewählt werden (Abstraktionsniveau). Im Anschluss wird eine Kategorie als Begriff oder als Kurzsatz gebildet, die sich am Selektionskriterium und am Abstraktionsniveau orientiert (vgl. ebd.). Auf diese Weise wird das Datenmaterial Zeile für Zeile, Sequenz für Sequenz durchgearbeitet. Nach der Materialbearbeitung von ca. 10%-15% erfolgt eine Revision, bei der überprüft wird, ob die Analyse Antworten auf die Fragestellung geben kann (zirkulärer Prozess). Ist dies der Fall, kann die Analyse weitergeführt werden. Entspricht die Analyse allerdings weniger dem Erkenntnisinteresse der Fragestellung, muss noch einmal von vorne begonnen werden. Nachfolgend empfiehlt Mayring mehrere Schritte, von denen in der vorliegenden Arbeit die Erstellung von Hauptkategorien und die Interpretation im Sinne der Fragestellung ebenfalls umgesetzt wurden (siehe Mayring 2008: 76).

Mit dieser Vorgehensweise konnte ein guter Einblick in das Datenmaterial und die Herausarbeitung der Sinnstrukturen der politisch engagierten Jugendlichen gewonnen werden. Die Ergebnisse werden abschließend mit besonderem Blick auf die Unterschiede zwischen in sozialen Bewegungen und politischen Parteien engagierten Jugendlichen gegenübergestellt.

### **3. Empirische Ergebnisse**

Aus den Interviews ergaben sich auf der Basis des Leitfadens folgende Kategorien, die im Zusammenhang mit der Mitarbeit in einer Partei bzw. sozialen Bewegung für die befragten Jugendlichen eine wesentliche Rolle spielten:

- Wege zur Beteiligung
- Art der Mitarbeit, Zeit und Einsatz
- Motive der Beteiligung
- Politische Einstellungen
- Hierarchien und Meinungsäußerung
- Handlungswirksamkeit und Einflussnahme

Der Bericht stellt im Folgenden die Ergebnisse anhand dieser Kategorien dar, wobei jeweils zuerst auf die Gemeinsamkeiten aller interviewten Jugendlichen eingegangen wird, bevor herausgearbeitet wird, wie sich Jugendliche aus sozialen Bewegungen und politischen Parteien voneinander unterscheiden.

#### **4.1 Wege zur Beteiligung**

Zu Beginn der Darstellung empirischer Ergebnisse werden die Wege der Beteiligung in einer sozialen Bewegung oder in einer Jugendpartei dargestellt, die zunächst als sehr ähnlich erscheinen. Bei näherer Betrachtung jedoch zeigt sich, dass insbesondere das elterliche Engagement ausschlaggebend dafür ist, welche Organisationsform die befragten Jugendlichen letztendlich für ihr politisches Engagement wählen.

#### 4.1.1 Zum Einfluss der Familie auf das politische Engagement

Für die Sozialisation der Jugendlichen ist der primäre, familiäre Kontext bedeutsam für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Neben Rücksprachen über die Anforderungen an die Schule, den beruflichen Laufbahnen oder die Entwicklung von Werte- und Normensystem in Familien (vgl. Ecarius et al. 2011: 71) konnten wir im vorliegenden Datenmaterial auch die Vermittlung eines spezifisch-politischen Werte- und Normensystem der Eltern identifizieren. Die Familie ist als ein soziales Beziehungssystem zu betrachten, in das die Jugendlichen eingebunden werden und in der die Eltern wichtige Ansprechpartner für ihre Kinder sind (vgl. Hurrelmann et al. 1985: 66). So erzählten die befragten Jugendlichen, dass sie im Vorfeld ihrer politischen Mitarbeit durch die Familie an politische Themenfelder herangeführt wurden, beispielsweise bei Diskussionen am Essenstisch. Auf diese Weise wurden die Jugendlichen von sozialen Bewegungen sowie von Parteien an die politischen Vorstellungen der Eltern über Hintergründe und Zusammenhänge (sozial-)politischer Ereignisse herangeführt:

*P-4: „Also die [Eltern] sagen beide, dass es relativ klar war, dass ich irgendwann politisch aktiv werde, weil das halt schon recht früh so dieses Ganze so, darüber wurde eigentlich immer am Tisch diskutiert, über irgendwelche Sachen, irgendwelche aktuellen Sachen, die da irgendwie waren. Da hab ich dann einfach gefragt und so. Das war halt irgendwie glaub ich recht früh so klar, dass es bei mir schon, gerade bei den Eltern schon so recht schnell politisch wird.“*

*SB-2: „Aber vorher wurde ich dann auch schon so ein bisschen in die Richtung Tierschutz, Umweltschutz, so ein bisschen erzogen. Also ich glaub nicht, dass das Voraussetzung ist, dass man sich engagiert. Aber, ja das hat mich halt auch ein bisschen in die Richtung gebracht. Also jetzt nicht so extrem. Aber meine Eltern haben mir schon immer ein bisschen bewusst gemacht, dass man eben mit der Umwelt verantwortungsvoll umgehen muss.“*

Die Befragten erwarben bereits im frühen Jugendalter ein politisches Verständnis, dass es ihnen vereinfacht hat, politische Themenfelder zu begreifen und zu verstehen. Wie Reinders et al. (2014) anmerken, gibt es in

der Forschung bislang keine Kenntnis darüber, wie genau die Familienbeziehungen auf das Engagement der Jugendlichen einwirken. Doch geben sie zugleich an, dass zumindest politische/soziale Diskussionen mit den Eltern bei engagierten Jugendlichen wesentlich häufiger vorkommen als bei Jugendlichen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren (vgl. ebd.: 151). Wir können zudem anhand der Interviews feststellen, dass alle sieben befragten Jugendlichen eine ähnliche politische Meinung vertreten, wie die Eltern. Die Sensibilisierung für politische Fragen und auch die jeweilige Perspektive auf politische Fragen erscheinen somit wesentlich durch die familiäre Sozialisation beeinflusst. Auch zeigt sich, dass Jugendliche auf diese Weise an bestimmte Interessensgebiete herangeführt werden, an denen sie später ihr politisches Interesse anknüpfen, wie z.B. Umweltschutz, Freiheitsrechte oder Bildungspolitik. Sie sind bereits vor dem Eintritt in eine politische Organisation mit politischen Fragen vertraut.

Es lässt sich festhalten, dass alle Eltern der befragten Jugendlichen aus Parteien und sozialen Bewegungen zum Zeitpunkt der Interviews entweder selber politisch aktiv waren oder aber sehr stark mit einer politischen Organisation sympathisierten bzw. sich als politisch interessiert beschreiben lassen. Besonders spannend war zu erfahren, dass einige der befragten Jugendlichen in dieselbe politische Organisation wie ihre Eltern eingetreten sind.

*P-3: [...] also meine Eltern haben sich zum Beispiel über [eine der Partei nahestehende Organisation] kennen gelernt, weil die da halt früher zusammen die Kinder betreut haben, im Ferienzeltlager oder bei Ferienspielen oder so sich halt getroffen haben und verschiedene politische Aktionen gemacht haben oder über verschiedene Sachen diskutiert haben oder so was. Also von daher, aber in der [Partei] ist meine Mutter nicht. Aber die engagiert sich durchaus politisch auch und das ist das, was ich sagte von der Erziehung her, dass man darüber schon [...] ein gewisses Grundverständnis mitbekommt und auch eine gewisse Verhaltensweise [...].“*

*Int: Ja. Und was machen deine Eltern beruflich?*

*P-3: Mein Vater ist Geschäftsführer der [parteinahen Organisation].*

So sind Jugendliche, deren Eltern entweder in einem politischen Verein aktiv waren oder mit einem politischen Verein stark sympathisierten, demselben Verein beigetreten. Jugendliche, deren Eltern in einer Partei Mitglied waren oder mit einer spezifischen Partei stark sympathisierten, sind ebenfalls derselben Jugendpartei beigetreten. Ein besonderer Fall lag vor, bei dem die Mutter eines Interviewpartners in einem Verein und der Vater in einer Partei aktiv waren. Ihr Sohn war erst im selben Verein der Mutter und später in derselben Partei des Vaters aktiv.

Im Unterschied zu Reinders (2014), der keinen signifikanten Unterschied in der Empirie vorgefunden hat, zeigt sich im vorliegenden Datenmaterial, dass die Eltern der engagierten Jugendlichen allesamt politisch aktiv waren oder mit einer politischen Organisation stark sympathisierten. Reinders (2014) zufolge gibt es keinen Einfluss auf das Vorhandensein einer Tätigkeit der Mutter oder des Vaters in Bezug auf eine gemeinnützige Tätigkeit der Kinder (vgl. ebd.: 130). Eine mögliche Erklärung für die Unterschiede in den empirischen Ergebnissen könnte sein, dass sich Reinders Aussage auf kein spezifisches Ehrenamt stützt. In der vorliegenden Arbeit hingegen wird das *politische* Engagement in den Blick genommen. So könnte es sein, dass es beim politischen Ehrenamt Spezifika gibt, die bei einer allgemeinen Betrachtung von gemeinnütziger Tätigkeit weniger ins Gewicht fallen. Eine andere Erklärung könnte darin liegen, dass Reinders nur den Aktivismus und nicht das Sympathisieren bzw. politische Interesse der Eltern in den Blick genommen hat.

So sind nicht nur politische Diskussionen relevant für ein politisches Engagement, sondern auch die politischen Aktivitäten bzw. starken Sympathien mit einer politischen Organisation der Eltern. Die Familie ist folglich ein maßgeblicher Selektionskontext für das politische Engagement der

befragten Jugendlichen. Die politischen Aktivitäten bzw. Sympathien der Eltern fördern das politische Engagement der Jugendlichen. Zudem erwerben sie politische Kompetenzen in mehreren Bereichen (vgl. Massing 2012), die ihnen den Zugang zur politischen Arbeit erleichtern. In welche politische Organisation sie dann letztendlich eintreten, wird davon beeinflusst, in welcher Organisation die Eltern aktiv waren bzw. mit welcher sie sympathisieren.

#### **4.1.2 Wie finden Jugendliche Zugang zum politischen Engagement?**

Obwohl das politische Engagement der Eltern einen starken Einfluss auf das Engagement der Jugendlichen nehmen kann, ist der konkrete Schritt des Beitritts oder des ersten Besuchs der Organisation oftmals nicht durch die Eltern vermittelt. Auf der einen Seite finden Jugendliche einen Zugang zur politischen Organisation auch durch eigeninitiatives Handeln. Auf der anderen Seite kann auch das soziale Umfeld einen entscheidenden Einfluss auf den Beitritt in eine Organisation nehmen.

Eigeninitiatives Handeln der Jugendlichen ist eine wesentliche Möglichkeit, Zugang zu einer politischen Organisation zu bekommen. Ob Partei oder soziale Bewegung unterscheidet sich dabei nicht wesentlich voneinander. Wie kann so ein Zugang aussehen? Zunächst wird im Vorfeld der Mitarbeit die Wahl für ein spezifisches politisches Engagement und die Entscheidung für einen Beitritt getroffen, die durch eine Informationssuche im Internet und/oder über E-Mailkontakt von den Jugendlichen initiiert wird.

*Int:* „Und wie bist du zu der [Jugendpartei] gekommen?“

*P-4:* „Da hab ich ne E-Mail an den Vorstand hingeschrieben.“

Die befragten Jugendlichen informierten sich über ihre politische Wunschorganisation und nach den Bedingungen eines Beitritts. In der Regel

entsteht durch Recherche und Nachfragen ein erster Kontakt zu einem Organisationsmitglied, das den Neuling dann in eine offene Runde einlädt. Das kann zum Beispiel der Stammtisch oder ein anderes soziales Event sein. Auf diese Weise können erste Hürden für eine Kontaktaufnahme genommen werden. Sowohl Befragte aus Jugendparteien als auch Mitglieder sozialer Bewegungen berichteten von solchen Kennenlernen.

Eine andere Möglichkeit kann ein persönlicher Kontakt zu einem Organisationsmitglied sein, das man bereits im Vorhinein durch sein privates Umfeld kennen gelernt hat. Das kann z.B. ein Freund sein, der/die den Befragten zu einer Veranstaltung mitnimmt oder auf die Organisation aufmerksam macht.

- Int:* „Und das war jetzt, das war dann ja auch der Anstoß hast du gesagt, wie du da hingekommen bist, dass halt ein Freund von dir dort, dort war, ne?“
- P-1:* Ja! Aber dieser Freund kommt jetzt nicht von [der Partei] aus meiner Stadt. Sondern der kommt aus Stuttgart. [...]“
- Int:* Okay. Und wie hast du dann zu den Kontakten in deiner Stadt, zu denen Kontakt geknüpft?
- P-1:* Über's Internet.
- Int:* Ah ja, hast du die angeschrieben, oder.
- P-1:* Ja, ich hab' gesehen, dass es so 'ne Facebookseite gibt von [der Partei] und die haben gerade im Wahlkampf zur Landtagswahl ähm, ähm halt so nen Aufruf gemacht, so quasi macht mit, wer mitmachen will, wir treffen uns hier und hier und kann gern dazu kommen und dann bin ich halt auch mal da hingegangen.

Sich auf Eigeninitiative den Zugang zu einer Organisation zu verschaffen, kann folglich eine Möglichkeit sein, sich politisch zu engagieren und in eine politische Organisation einzutreten. Eine andere Möglichkeit kann die Motivation durch einen persönlichen Kontakt mit einem Mitglied der politischen Organisation sein. Ob und in welche politische Organisation ein Jugendlicher eintritt, wird – wie bereits erwähnt – maßgeblich von den Eltern mitgeprägt.

### 4.1.3 Das Anwerben neuer Mitglieder

Obwohl die befragten Jugendlichen über Eigeninitiative oder persönliche Kontakte aus dem privaten Umfeld zu ihren politischen Beteiligungsformen gekommen sind, berichten sie in den Interviews jedoch von anderen Strategien, um neue Mitglieder für ihre Organisation anzuwerben.

Ein befragtes Mitglied der sozialen Bewegung erzählte im Interview, dass neue Mitglieder über verschiedene Kampagnen der Öffentlichkeitsarbeit angeworben werden. Zum Beispiel mit Hilfe von Infoständen an öffentlichen Plätzen oder auf Festivals. Durch lockere Ansprachen kann ein persönlicher Kontakt zu Interessierten hergestellt werden. Besonders vorteilhaft erscheint den Interviewten ihr junges Alter, was ihnen einen besseren Zugang zu Gleichaltrigen ermöglicht, um sie für ihre Organisation anwerben zu können. Parteimitglieder versuchen ebenfalls über Infostände den direkten Kontakt zu Interessierten herzustellen. Auch politische Veranstaltung wie Diskussionen, Parteitreffen oder Stammtische sowie private Events wie Sportveranstaltungen oder schulische Veranstaltungen werden genutzt, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Grundsätzlich einig waren sich alle Interviewpartner aus Parteien und sozialen Bewegungen, dass das politische Engagement und die politische Partizipation bei gleichaltrigen Jugendlichen mangelhaft sind und von institutioneller Seite gefördert werden müsste. Dabei kritisieren sie die geringe Anzahl an jungen aktiven Mitgliedern in ihren eigenen Organisationen und setzen sich dafür ein, dass mehr junge Menschen in ihrer Organisation politisch aktiv werden. Das kann durch das oben beschriebene Anwerben gleichaltriger Mitglieder umgesetzt werden. Besonders interessant waren in diesem Zusammenhang die Erzählungen über die Art



und Weise, wie neue Mitglieder angeworben werden. Für die Kontaktaufnahme und die folgenden Gespräche haben sich die befragten Jugendlichen unterschiedliche Argumentationen angeeignet, um die Wichtigkeit ihres politischen Engagements zu betonen. So können Anreize geschaffen werden, neue Mitglieder für die eigene politische Arbeit zu begeistern.

Die interviewten Parteimitglieder haben dabei spezielle Strategien entwickelt, um die Bedeutsamkeit ihrer politischen Arbeit hervorzuheben: Sie betonen den ideellen Gestaltungswert der politischen Parteiarbeit:

P-2: *„Ja ich glaube, dass es ganz wichtig ist Jugendlichen zu zeigen, dass sie was bewegen können. [...] Das ist [...] ganz wichtig zu sagen „Du kannst dich mit andern zusammen schließen – wie jetzt zum Beispiel beim [Jugendverein] – und dann bist du zusammen mit anderen gemeinsam und dann könnt ihr was Großes erreichen.“*

Die Wichtigkeit politischer Arbeit wird verdeutlicht, indem man zeigt, dass man gemeinsam als Kollektiv etwas bewegen kann. Dadurch entsteht ein besonderer Anreiz, der zugleich dafür genutzt werden kann, neue Mitglieder für die eigene Arbeit zu begeistern. Gleichzeitig sehen sich die befragten Parteimitglieder als Politikexperten unter den Peers und versuchen diesen Vorteil ebenfalls zu betonen:

P-2: *„Naja, was an sich eigentlich immer wichtig ist, ist glaub ich, dass man, das man Jugendlichen zeigt, dass sie was verändern können und sie auch erst mal mit den Problemen konfrontiert. Weil viele wissen halt gar nicht, was geschieht irgendwo oder was geschieht auf der andern Seite der Erde.“*

Als Experte unter Gleichaltrigen aufzutreten, gezielt Wissen zu vermitteln und das Verständnis dafür zu haben, was Gleichaltrige bewegt, erscheint als ein bedeutender Vorteil für die eigene parteipolitische Arbeit:

P-3: *„Aber wenn der Jüngste dann da sitzt und der ist 45 oder so und entscheidet Sachen über [die Stadt] und auch über Jugendprobleme, dann ja, dann passt das einfach nicht. Also da muss auch immer jemand junges dabei sein, der dann auch junge Ideen, also auch neue Ideen mit reinbringt und dann auch solche Sachen, von denen er direkt betroffen ist, dazu was sagen kann.“*

Auch die Befragten sozialer Bewegungen betonen die besondere Stellung ihrer politischen Arbeit, wenn es um das Anwerben junger Mitglieder

geht. Für die interviewten Jugendlichen ist es ebenfalls besonders wichtig, als Experte hervorzutreten und die eigenen Peers aufzuklären, zu informieren und sie auf diese Weise für ihr politisches Engagement zu begeistern. Auch sie sehen den besonderen Mehrwert ihres jungen Alters: Sie haben zu jüngeren Menschen einen besseren Zugang als ältere Mitglieder, weil sie eher verstehen und nachvollziehen können, was jüngere Menschen bewegt:

SB-2: *„Ja im Prinzip halt, dass wir so auf Gleichaltrige zu gehen. Das ist halt das, was für uns so wichtig ist. Das ist natürlich für einen, der noch nicht dabei ist, wesentlich motivierender, wenn er Informationen bekommt von einem, der im selben Alter ist anstatt von einem Erwachsenen ist, der vielleicht an die 50 ist und einem 16-Jährigen erzählt, was er machen kann. Ich glaub, wenn das Gleichaltrige machen, dann bewegt das einfach daran einen wesentlich größeren Einfluss.“*

So versuchen die jungen Mitglieder sozialer Bewegungen ihre Glaubwürdigkeit für die Wichtigkeit ihres sozial-politischen Engagements zu erhöhen, indem sie Verständnis für die Themen, die Gleichaltrige bewegen, aufbringen und gleichzeitig als Politikexperte auftreten und Hintergrundinformationen liefern, die sie aus ihrem Engagement herausziehen können.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass die Befragten sozialer Bewegungen über das Anwerben neuer Mitglieder erzählten, dass dies meist in öffentlich-politischen Kontexten wie beispielsweise Infoständen auf öffentlichen Plätzen erfolgt, während die Befragten aus Jugendparteien nicht nur in partei-politischen Kontexten neue Mitglieder anwerben, sondern auch auf sozialen Veranstaltungen wie Sportevents u.a., die keinen direkten Bezug zur parteipolitischen Arbeit aufweisen. Der Kreis des Anwerbens geht also über den institutionellen Kontext hinaus und erreicht ein privates Umfeld, indem für die eigene parteipolitische Arbeit geworben wird. Für das Anwerben neuer Mitglieder haben

sich die befragten Jugendlichen Strategien angeeignet, die ihr politisches Engagement in besonderer Weise hervorheben. Für Gleichaltrige wird dabei das junge Alter als wesentlicher Vorteil angesehen. Die befragten Parteimitglieder betonen in ihren Kontaktaufnahmen zu Gleichaltrigen den Gestaltungswert politischer Arbeit sowie das Erreichen politischer Ziele als Kollektiv. Ebenfalls betonen die Parteimitglieder ihre Rolle als Politikexperten gegenüber Peers sowie ihren Vorteil, sich innerhalb der Partei für Themen einsetzen zu können, die die Jugend bewegt. Die jungen Interviewten aus sozialen Bewegungen setzen ähnliche Strategien ein, indem sie ebenfalls als Politikexperten innerhalb ihrer Peers auftreten und diese Rolle während der Kontaktaufnahmen zu neuen Anwerbern hervorheben. Gleichzeitig setzen sie sich für die Themen junger Menschen ein, zeigen in Gesprächssituationen viel Verständnis und versuchen auf diese Weise die Glaubwürdigkeit ihrer sozial-politischen Arbeit zu unterstreichen.

#### **4.2 Zur Art der Mitarbeit, Zeit und Einsatz**

Die Mitarbeit in einer Partei oder einer sozialen Bewegung kann sehr zeitintensiv sein und erfordert manchmal den Einsatz spezifischer Kompetenzen. Im Ganzen macht den jungen Befragten aus Parteien und sozialen Bewegungen ihr politisches Engagement viel Freude. Der Wert des Spaßes wird dabei als besonders wichtig erachtet. Ebenfalls können sie durch ihre Mitarbeit Kompetenzen erwerben, die sie auf spätere Berufsmöglichkeiten vorbereiten können.

#### 4.2.1 Politisches Engagement: Ein Mangel zeitlicher Ressourcen?

Die politische Mitarbeit ist sehr zeitintensiv und nimmt viel Freizeit in Anspruch. Jugendliche, die zum Zeitpunkt der Befragung gerade ihr Abitur abgeschlossen hatten, berichteten, dass sie ihr politisches Engagement zeitweilig eingrenzen mussten.

*SB-2: Ich hab mich jetzt im Abi ein bisschen zurückgezogen. Ich hab gesagt: „So Leute, in den nächsten Monaten bin ich jetzt nicht so oft hier. Aber ihr könnt mich per Mail oder Handy erreichen und fragen, wenn was ist oder so.“ Da hab ich mir dann eine Auszeit genommen. Ansonsten: Wir sind ja auch einige. Man kann ja auch immer die Arbeit verteilen [...].“*

Durch die soziale Komponente des Engagements erscheint der Zeiteinsatz den Jugendlichen allerdings nicht als Belastung. Der Spaß am Engagement steht im Vordergrund. Die schulischen Anforderungen können jedoch mit dem politischen Engagement kollidieren. Ein Interviewpartner berichtete von seinen Beobachtungen über das neue Abitur G8, als er danach gefragt wurde, ob und wie neue Mitglieder zur politischen Mitarbeit kommen:

*Int: „Kommen da neue Mitglieder auf euch zu? So neue Gesichter?“*

*SB-1: „[...] Es wird weniger. Was ich vor allem begründet an G8 sehen würde. Am Druck der eigenen Schule, was das allgemein politische oder auch soziale Engagement zurück hält. Was äh politische Gruppen, soziale Gruppen total betrifft. Also jetzt auch schon, ziemlich akut auch. Es passiert im sozialen Bereich oder auch im unpolitischen sozialen Bereich inzwischen viel weniger.“*

Der junge Befragte nimmt in seinem Umfeld ein Rückgang politischen Engagements wahr, da es durch die umfangreichen schulischen Anforderungen kaum noch möglich erscheint, freie Zeit für das Engagement aufzubringen. Mitarbeit und Einsatz im politischen Bereich hängt demzufolge nicht nur davon ab, ob Jugendliche motiviert sind mitzuarbeiten, sondern auch, ob ausreichend zeitliche Ressourcen für ein Engagement verfügbar sind.

#### 4.2.2 Tätigkeiten und Aufgaben

Die Mitarbeit in sozialen Bewegungen besteht aus verschiedenen Tätigkeiten. Inhaltliche Recherchen oder das Verfassen von Anträgen erfordern eine Auseinandersetzung mit den Informationen und den Inhalten zu spezifischen Themen der sozialen Bewegung. Wie die interviewten Jugendlichen berichteten, gibt es neben solchen theoretischen Auseinandersetzungen auch viele praktische Arbeitsaufgaben, bei denen sie mitarbeiten. Hierzu zählen beispielsweise die Präsenz bei Infoständen, Veranstaltungen, Demonstrationen oder auch bei spezifischen Kampagnen. Aber auch Pressearbeit wie das Verfassen von Presstexten oder Radiointerviews zählen zu den Aufgaben.

Die Mitarbeit in Parteien deckt sich in einigen Aufgabenfeldern mit der in sozialen Bewegungen. Theoretische Arbeitsaufgaben wie inhaltliche Recherchen oder das Verfassen von Anträgen zählen beispielsweise hierzu. Die parteipolitische Arbeit umfasst zudem die Unterstützung bei Wahlkämpfen und das Halten von Vorträgen vor einem Parteiplenum oder auf Parteitag.

Durch die politische Mitarbeit erwerben die jungen Befragten aus Parteien und sozialen Bewegungen soziale und berufliche Kompetenzen. Das Engagement gibt Einblicke in verschiedene Berufsfelder und erleichtert ihnen möglicherweise auch den Einstieg in ihr gewünschtes Berufsfeld:

*SB-3: „[...] und gibst zum Beispiel auch Radiointerviews. Habe ich auch neulich gemacht beim WDR 5. Das war auch wirklich sehr interessant und das sind einfach Erfahrungen die man sammeln kann und die helfen einem wahnsinnig im weiteren Leben halt. Auch bei der Berufsfindung zum Beispiel auch.“*

Das politische Engagement dient dabei nicht nur der politischen Bildung und Entwicklung eines politischen Verständnisses, sondern auch dem Er-

werb spezifischer Kompetenzen, die in der Praxis angeeignet und weiterentwickelt werden können. Dazu gehören beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement oder Text- und Recherchekompetenzen, die im redaktionellen Bereich zur Anwendung kommen könnten (s.o.) sowie die Fähigkeit, Vorträge und Reden vor einem Plenum halten zu können:

P-2: „Ähm, da wird man dann halt, da kommt man auf den Sitzplatz des Abgeordneten und macht dann die ganze Ausschussarbeit, äh Plenarsitzungen, darf dann eventuell 'ne Rede halten und ja.“

Neben solchen berufsbezogenen Kompetenzen erwerben die Jugendlichen zudem soziale Kompetenzen, die sich in der Fähigkeit, die eigene Meinung zu vertreten, dem Zuhören und der Offenheit gegenüber Anderen ausdrücken (siehe dazu 4.4.1).

### 4.3 Motive der Beteiligung

In der vorliegenden Studie konnten drei Motive für ein politisches Engagement identifiziert werden. Ein Motiv verstehen wir hier als „eine relativ zeit- und kontextinvariante Ziel- und Wertedisposition von Personen, welche die Auswahl und die Persistenz einer spezifischen Klasse von Handlungen mitbestimmt“ (Reinders 2014: 51). Motive erklären also weniger eine einzelne, situative Handlung, sondern vielmehr eine relativ dauerhafte Handlungsdisposition.

#### 4.3.1 Drei Motive politischer Beteiligung

Wir können 3 Motive unterscheiden, die sich wechselseitig nicht ausschließen, also auch parallel vorkommen können. Das *instrumentelle Motiv* beschreibt eine Orientierung an den Interessen der eigenen Person, wie etwa Persönlichkeitsentwicklung und Karriereorientierung (vgl. Reinders 2014: 54). Dabei spielen der Erwerb berufsbezogener Kompetenzen und

der Aufstieg der eigenen Person innerhalb der Organisation eine entscheidende Rolle. Das *Gestaltungsmotiv* beschreibt das Anliegen, eine konkrete Veränderung im Sinne der eigenen politischen Ziele herbeizuführen. Es geht mit der Überzeugung und dem Wunsch einher, mit der eigenen Partizipation effektiv zu sein (vgl. ebd.). Während das instrumentelle Motiv und das Gestaltungsmotiv bereits in der Literatur zu den Motiven ehrenamtlichen Engagements bei Jugendlichen genannt werden (Reinders 2014), können wir für politisch engagierte Jugendliche ein weiteres Motiv identifizieren: Das *ideelle Motiv* beschreibt eine grundsätzlich kritische Wahrnehmung der Gegenwartsgesellschaft, die einen Handlungsdruck erzeugt. Das Engagement erfolgt aus dem Gefühl einer Verantwortung heraus, sich für die als gravierend wahrgenommenen Missstände einsetzen zu müssen. Die damit einhergehenden Ziele sind weniger konkret als beim Gestaltungsmotiv.

Sehr deutlich findet sich das instrumentelle Motiv bei zwei Jugendlichen, die beide in Parteien aktiv sind und innerhalb der Partei eine Karriere anstreben. Auf die Frage, warum sie in der jeweiligen Partei engagiert sind, berichten beide Jugendliche zunächst von ihren persönlichen Ambitionen:

*Int:* „Ja, also so wenn ich so ganz allgemein frage, was würdest du sagen warum du dich eigentlich politisch engagierst? Gibt es bestimmte Ziele, die du damit verfolgst?“

*P-2:* „Ja, also ich habe eigentlich als Ziel wirklich Politiker zu werden.“

*Int:* „Ah ja.“

*P-2:* „Ich möchte halt nach dem Jurastudium Rechtsanwalt werden und dann halt das nutzen, um dann halt wirklich in die Politik zu gehen. In den Bundestag oder so, um irgendwann vielleicht Bundeskanzler zu werden. Das ist so mein Traum.“

*P-4:* „Also, ich habe jahrelang allen Verwandten erzählt, dass ich in den Bundestag will und das ist immer noch so, also nach ‚Jugend und Parlament‘ hat sich das nochmal gefestigt [...] also das ist irgendwie, steht so ganz oben in den Wolken, also wenn ich das irgendwann schaffen sollte, dann wärs schon cool.“

Das instrumentelle Motiv steht hier im Vordergrund, auch wenn das Gestaltungsmotiv ebenfalls eine Rolle spielt. Der Karrierewunsch innerhalb der Partei wird mit den hohen Gestaltungsmöglichkeiten in den angestrebten Positionen begründet. Demgegenüber finden sich instrumentelle Motive bei anderen Jugendlichen eher als zusätzliche Gründe für das Engagement. In diesem Fall wird nicht direkt eine eigene Karriere innerhalb der Organisation verfolgt, sondern der Erwerb von berufsbezogenen Kompetenzen.

So finden wir bei der interviewten Jugendlichen aus einer sozialen Bewegung vorrangig das Gestaltungsmotiv, instrumentelle Motive spielen jedoch ebenfalls eine Rolle:

*SB-3: „[...] Da habe ich mich wirklich, also ich bin jetzt wirklich erst im Landesvorstand seit Januar und richtig jetzt erst seit Mai. Aber trotzdem habe ich seit Januar schon richtig viel gemacht und da habe ich wirklich wahnsinnig viel gelernt, wenn es gerade um Präsentation geht. Das ist wirklich der Wahnsinn. Das hilft ja glaube ich auch für später ganz viel, da bin ich mir sicher.“*

Die Interviewte berichtet allerdings besonders und im Verlauf des Interviews mehrfach von der Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und Dinge zu gestalten:

*SB-3: „[...] also wir Schüler wollen ja auch was verändern im Bildungssystem und da gibts halt die Möglichkeit was zu tun. Und man ist nicht immer so hilflos. Man wird da aktiv mit eingebunden und hat da ne Chance mitzureden und das ist halt wahnsinnig cool.“*

Zudem berichtet sie von der Chance, ihre Anliegen bei hochrangigen Politikern vorzubringen (Stadt oder Landtag), wobei deutlich wird, dass dabei Anerkennung eine wichtige Rolle spielt.

Eine ähnliche Kombination aus instrumentellem Motiv und Gestaltungsmotiv können wir auch bei einem Parteimitglied identifizieren, wobei auch in diesem Fall das Gestaltungsmotiv im Vordergrund steht:

*P-3: Was ich aber ziemlich gut finde, und gerade deswegen bin ich auch in der [Partei], dass man sich halt über diese Ortsvereine zumindest in seinem Stadtteil engagieren kann. Also wir haben zum Beispiel, bei uns wird so ein zentraler Platz gerade neu,*



*der soll neu gestaltet werden, und dafür kann man sich halt über die Partei ganz gut engagieren, weil man da die Kontakte bekommt und sich da so einbringen kann. Und ich engagiere mich halt so, um jetzt auf den Punkt zurückzukommen, warum ich mich halt für Politik engagiere, weil ich halt schon möchte, schon mitgestalten möchte, sage ich mal so. Und das kann ich halt hier ganz gut. Also ich, wie gesagt, ich kann halt nicht in Berlin mitgestalten, aber zumindest teilweise [hier in der Stadt] ganz gut mitgestalten und auch mitreden. Und das ist, da kommt zum Beispiel mal [der Bürgermeister] auch mal zum [Partei]-Plenum oder so, und das ist halt schon nicht schlecht sage ich mal so.*

Gleichzeitig sieht der Jugendliche durchaus Aufstiegsoptionen innerhalb der Partei, die jedoch bei diesem Interviewten klar im Hintergrund stehen

P-3: *„[...] also ich könnte mir durchaus vorstellen, auch mal in fünf bis zehn Jahren oder vielleicht auch noch länger auch irgendwie mal im Rat oder so politisch aktiv zu sein.“*

Das instrumentelle Motiv erscheint noch nicht so gewichtig wie bei den anderen befragten Parteimitgliedern (P-2 und P-4), da der Wunsch nach einer politischen Karriere noch nicht explizit formuliert wird. Dennoch besteht innerhalb der politischen Arbeit die Option auf eine Karriere. Auch das Mitglied der sozialen Bewegung (SB-3) könnte sich vorstellen, später einmal einer Partei beizutreten, um sich auf dem politischen Karriereweg zu begeben. Die Verknüpfung von Gestaltungsmotiv und instrumentellem Motiv erscheint besonders interessant, da die jungen Befragten auf diese Weise mehr Einfluss auf politische Entscheidungen mit Hilfe der eigenen Karriere nehmen wollen.

Politische Mitgestaltung finden wir darüber hinaus bei weiteren Jugendlichen als zentrales Motiv für die Mitarbeit, es ist sowohl bei parteipolitisch aktiven Jugendlichen als auch bei in sozialen Bewegungen engagierten Jugendlichen relevant und wird auf die Frage, warum sie sich engagieren, als erster Grund angegeben:

P-1: *„Also jetzt nicht nur wegen irgendwelchen Leuten, die ich da kenne, nicht nur einfach um mit netten Letten zusammen sein, sondern wirklich auch um was zu bewegen.“*

P-1: *„Der größte Feind ist die Passivität.“*

SB-2: *„Ja, muss ich sagen, weil ich was verändern will und nicht einfach irgendwelchen Politikern oder Firmen einfach das Feld überlassen will. Ich glaube einfach, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, was zu bewirken. Und wenn er sich für was einsetzt und sich mit andern zusammenschließt, kann man auch was ganz großes schaffen.“*

Während mit dem Gestaltungsmotiv oftmals sehr konkrete Zielsetzungen verbunden sind (z.B. Abitur nach 8 Jahren „G8“ wieder abschaffen, Cannabis legalisieren, einen Castortransport oder einen Nazi-Aufmarsch blockieren), finden wir bei zwei Jugendlichen ein Motiv, das weniger auf eine konkrete Gestaltung einzelner Politikbereiche zielt, sondern von bestimmten Wertvorstellungen geleitet ist. Antrieb des Engagements ist die wahrgenommene Differenz zwischen Wert und Wirklichkeit. Aufgrund der Wertgebundenheit und der emotionalen Involvierung der Jugendlichen bezeichnen wir dieses Motiv als ideelles Motiv.

SB-2: *„Es sind Umwelt und Giftstoffe. Es ist Gentechnik, es ist Atomkraft. Ähm, Fracking kommt jetzt auch bald dazu. Und es ist Frieden. Das ist es halt.“*

SB-1 *„Also im sozialen Bereich, im zwischenmenschlichen Bereich, würde ich sagen Faschismus oder beziehungsweise Anti-Faschismus. Weil ich der Meinung bin, dass sowas nie wieder geschehen darf. Ähm im umweltpolitischen Bereich äh Umweltschutz, Naturschutz. Weil, da können wir noch so ein super soziales System haben, wenn die Erde im Arsch ist, hilft es auch nicht. Also diese beiden irgendwie. Wenn es der Erde super geht, sozusagen, und äh der Klimawandel eingedämmt wird, und wir leben im Faschismus, hat niemand was davon. Wenn wir im alternativen System leben würden, im gerechten System, gerechterem System, und der Erde gehts trotzdem dreckig, und dann gibts nen Klimawandel und es gibt viele Klimaflüchtlinge, die Ernährungslage wird immer schwieriger, ist ja auch nicht gut. Das muss halt irgendwie so alles. Und der AKW dann auch noch irgendwann hochgeht ist's eh vorbei.“*

Ein ideelles Motiv finden wir auch bei P-3, wenngleich dieses nicht so zentral zu sein scheint, wie bei den beiden Befragten aus sozialen Bewegungen.

P-3: *„Deswegen ist das so ein bisschen schwierig, ich finde, also dass halt jetzt für mich oder für, ich möchte, dass es halt in dieser Gesellschaft noch Gerechtigkeit gibt und dass es ne, also vor allem dieser Gerechtigkeitspunkt ist mir halt persönlich sehr sehr wichtig.“*

Tabelle 2: Zuordnung der Motive politischen Engagements

	P-1	P-2	P-3	P-4	SB-1	SB-2	SB-3
<b>Gestaltungsmotiv</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
<b>Instrumentelles Motiv</b>		<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>			<b>X</b>
<b>Ideelles Motiv</b>			<b>X</b>		<b>X</b>	<b>X</b>	

Quelle: Eigene Darstellung

Interessant war, dass beim jüngsten befragten Parteimitglied (P-1) kein instrumentelles Motiv für eine Parteimitarbeit beobachtet wurde, sondern das parteipolitische Engagement aus einem Gestaltungsmotiv heraus verfolgt wird. Das könnte zum einen am jungen Alter von 16 Jahren liegen. So ist anzunehmen, dass sein Berufswunsch noch nicht ausgereift ist und er noch keine parteipolitischen Karriereziele entwickelt hat. Eine weitere Erklärung könnte darin zu finden sein, dass der Jugendliche zum anderen nicht in einer der größeren Volksparteien engagiert ist, sondern in einer relativ kleinen und jungen Partei. Für ein genaueres Bild der Motiventwicklung junger Parteimitglieder wäre eine Langzeitstudie notwendig, die einen detaillierten Einblick in die Entwicklung jener Motive bei jungen Menschen geben würde.

#### 4.3.2 Weitere Faktoren, die die Mitarbeit begünstigen: Spaß und soziales Miteinander

Für alle befragten Jugendlichen waren des Weiteren der Spaß an der Mitarbeit und das soziale Miteinander wichtige Beweggründe für das Engagement, insbesondere für das Andauern des Engagements. Dabei handelt es sich erklärterweise nicht um ein Motiv im Sinne eines ursprünglichen Beweggrundes. Das Zusammensein mit Freunden und Spaß ist *nicht* der Grund für die Mitarbeit, es gehört jedoch „dazu“ und wird durchaus als

notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für das eigene Engagement gesehen. Das soziale Miteinander wurde sowohl in den Explikationen der jugendlichen Befragten aus Parteien als auch aus sozialen Bewegungen positiv hervorgehoben und unmittelbar mit dem Spaß am Engagement verknüpft. Dabei geht es im Wesentlichen um die sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigen oder wenig älteren Engagierten.

Besonders innerhalb der Organisation entstehen in besonders einfacher Weise jene sozialen Beziehungen, die zu Freundschaften führen können. Sowohl die Interviewpartner aus Parteien als auch aus sozialen Bewegungen berichteten von diesen Freundschaften zu Gleichaltrigen innerhalb ihrer Organisation. Besonders förderlich für solche heterogenen sozialen Beziehungen erscheinen informelle Treffen.

*P-2: Ja genau. Man lernt total viele kennen, man macht dann auch so Brauereibesichtigungen, man macht irgendwelche Feiern, man ist da, man ist zu einer Weihnachtsfeier. Also das ist halt außer dieser ganzen inhaltlichen Arbeit auch ganz viel Spaß.*

*Int: Mhm, ja. Hast du da auch neue Freunde kennengelernt im Rahmen von [unv.]?*

*P-2: Ja ja, also wirklich, also vom Vorstand halt, die sind alle total dicke eigentlich im Vorstand, das ist total ein super Verhältnis.*

Ein Befragter aus einer sozialen Bewegung betont, dass es auch die Möglichkeit gibt, neue Freunde außerhalb der eigenen Schule und der eigenen Stadt kennenzulernen:

*SB-2: Am Anfang war ich noch recht alleine damit [lachend]. Aber hier lernt man dann noch andere Leute kennen, die sind dann halt nicht auf der gleichen Schule, aber die wohnen in [Stadt] die denken genauso oder haben ähnliche Ansichten oder wollen was verändern. Dann trifft man halt schnell Gleichaltrige.*

*Int: Das heißt, du hast dann auch schon Freundschaften geknüpft?*

*SB-2: Genau, zusammen, ja.*

*Int: Ist das für dich wahrscheinlich auch schon eine Motivation dabei zu bleiben, ne?*

*SB-2: Ja, auf jeden Fall. Bei den Treffen bundesweit in Berlin oder so, wo man dann andere trifft, da lernt man ja auch ganz andere kennen aus ganz andern Regionen und Kontakte aus andern Städten. Die trifft man dann woanders wieder und wieder bei ner anderen Aktion, das ist immer ganz cool.*

Deutlich wurde in diesem Zusammenhang, dass Mitglieder von Parteien und sozialen Bewegungen auch untereinander Freundschaften zueinander pflegen und zwar insbesondere bei politisch-normativ verwandten Organisationen. Spannend war, dass es trotz größerer politisch-normativer Unterschiede keine Feindschaften untereinander gibt, sondern durchaus eine Bereitschaft zum Austausch und punktueller Zusammenarbeit besteht.

*Int: Bist du denn mit Leuten von diesen sozialen Bewegungen, die du kennst, gibt es da auch Freunde, sind da auch Freunde dabei?*

*P-3: Ja, also ich habe natürlich auch Freunde, die haben andere politische Ansätze, aber ich meine solche Leute, ich komme mit denen eigentlich in der Regel sage ich mal ziemlich gut auch klar. Oder da sind dann auch Leute dabei, die jetzt wissen, dass ich jetzt zum Beispiel [in der Jugendpartei] im Vorstand bin und die sind dann zum Beispiel bei [einer anderen Organisation] im Vorstand oder so. Okay, da sind jetzt die politischen Unterschiede natürlich auch nicht so groß, aber mit denen kann man sich zum Beispiel auch noch ziemlich gut austauschen. Oder auch mit Leuten, die bei [der Gewerkschaft] im Vorstand sind, also jetzt bei der Jugendorganisation natürlich [...]. Also natürlich gibt es gerade bei [spezifischen politischen Jugendverbänden] Leute, die sind aus meiner Sicht dermaßen arrogant und laufen da rum, weil Papa die größte Firma hat oder so was. Also mit den Leuten kommt man dann halt nicht so gut zurecht, muss man dann aber, also ich meine ich muss mit denen halt auch nicht regelmäßig Kontakt haben, aber eigentlich komme ich schon so. Also solche Leute, die kennt man halt, und ich will jetzt nicht sagen, dass man ne freundschaftliche Beziehung, aber für manche Aktionen oder wenn man da irgendwie Themen hat, vielleicht auch gemeinsame Themen hat, dann kann man sich mit solchen Leuten natürlich erst einmal austauschen oder halt auch gemeinsame Aktionen machen. Und das ist halt auch nicht schlecht.*

Auch in anderen sozialen Kontexten wie Schulen, Konferenzen oder politischen Veranstaltungen haben die jungen Mitglieder aus Parteien und sozialen Bewegungen neue Bekanntschaften geschlossen. Das Politische ist jedoch häufig das verbindende gemeinsame Interesse:

*Int: „Und hast du das jetzt mit deinen Freunden und vielleicht Mitschülern, also deinen Ehemaligen, manchmal überschneidet sich das ja, manchmal weniger. Ist das da ähnlich? Hast du viele engagierte Freunde da? Die auch politisch viel machen?“*

*SB-1: „Ja! Also ich hab ein paar Freunde, die sind eher unpolitisch. Aber äh viele Freunde dann über politischen dann auch, die man über politischen Aktionen dann kennengelernt hat. Oder mit denen man irgendwann über Politik gequatscht hat und merkt, wir gehören auf eine Linie. Sind jetzt auch nicht alle gleich. Also es gibt darunter Kommunisten, Sozialisten, Sozis, Anarchisten. Es ist halt weit gestreut. Aber politisch sind die meisten meiner Freunde auf jeden Fall.“*

Dass die politische Arbeit Spaß macht, wurde von allen befragten Jugendlichen betont.

SB-3: *[...] Also ich hatte keine Ahnung von so was, bin da einfach dann hingegangen und es hat mir einfach viel Spaß gemacht. Genau, hab mich dann aber nicht auf der ersten direkt wählen lassen sondern auf der nächsten. Da war dann halt das Problem dass die auch Leute gesucht haben für den Vorstand, bzw. neu gewählt haben und ja mir hat die Arbeit an der Schule auf jeden Fall sehr viel Spaß gemacht auch, was wir so innerpolitisch gemacht haben. Und da dachte ich so, kannst auch in den Bezirksvorstand gehen, weil das ist ja noch mal ein bisschen größer und da hast du noch ein bisschen mehr Möglichkeiten auch Aktionen zu planen und da wirst du auf jeden Fall viele Sachen auch dazu lernen und lustige Projekte starten. Und dann bin ich halt in den Vorstand gegangen und es hat mir sehr viel Spaß gemacht und hab mich dann ja auch auf der Bezirksdelegiertenkonferenz als Landesdelegierte aufstellen lassen*

Auch auf gezielte Nachfrage nach möglicherweise weniger attraktiven Tätigkeiten wie etwa Infostände machen oder Plakate kleben wurde durchweg betont, dass diese ebenfalls gerne gemacht würden:

SB-2: *Mmh, ich hab eigentlich schon länger keinen Infostand gemacht. Mir hats eigentlich immer Spaß gemacht. Man trifft auch immer Leute und man hat auch total nette Gespräche und es macht auch immer Spaß. Klar so, Flashmobs oder sowas, finden viele cooler und ich finds auch total toll, Flashmobs [lachend]. Aber Infostände sind halt wichtig und man trifft nette Leute und es macht eigentlich total Spaß. Das ist ja eigentlich erst der wirkliche Kontakt. Weil man will ja Leute davon überzeugen und Leute aufklären. Und ja, ist total wichtig und macht total Spaß.*

#### 4.4 Politische Einstellungen

Wie bereits erwähnt, erwerben die befragten Jugendlichen durch die Sozialisation im Elternhaus schon im frühesten Alter politische Kompetenzen, wie etwa die Beurteilung politischer Fragen oder das Wissen über Möglichkeiten politischen Engagements. Das Engagement in einer Jugendpartei oder einer sozialen Bewegungen ermöglicht den Jugendlichen, ihre politischen Kompetenzen auszubauen.

##### 4.4.1 Die Veränderung politischer Einstellungen

Durch die Mitarbeit in den jeweiligen politischen Organisationen verändern sich die politischen Einstellungen bei den Jugendlichen. Hierfür eignet sich besonders der soziale Austausch, bei denen die Jugendlichen über

politische Ereignisse diskutieren und verschiedene politische Meinungen kennen lernen können:

*Int:* „Würdest du sagen, dass sich deine Meinung zu verschiedenen Themen im Laufe der Mitarbeit verändert hat? Und auch vielleicht durch die Mitarbeit verändert hat?“

*SB-2:* „Ja, ich denke ganz viel. Also als ich hier angefangen hab, da wusste ich ja über vieles ja auch nicht Bescheid. [...] Ich bin da in der Hinsicht schon ganz schön viel beeinflusst.“

*Int:* „Und das ist vorrangig durch Gespräche zustande gekommen?“

*SB-2:* „Ja, ich denke schon. Ich hab hier halt viele [Mitglieder] getroffen und mich viel mit denen unterhalten hab und es wurde immer wieder diskutiert und so. Ja ich denke, nur dadurch bin ich auch dahin gekommen, dass ich das selber auch so sehe.“

Es kann dazu kommen, dass Jugendliche ihre Meinung zu einem Thema völlig ändern, da sie in Diskussionen mit anderen Ansichten und Argumenten konfrontiert sind:

*Int:* Okay. Ja. Mh, wenn du dich mal so zurückerinnerst, ähm, wie deine politischen Meinungen so waren, als du bei [der Partei] eingetreten bist und heute, würdest du sagen, die haben sich seitdem verändert? [...]

*P1:* Ja schon, haben sich verändert. Also durch Diskussionen kommt es ja oft dazu, dass man dann 'ne andere Meinung einnimmt als wenn man einfach nur die Meinung irgendwie festfährt quasi, so 'ne verbohrt Ideologie kriegt oder so. Darum ist es mir auch wichtig, irgendwie in so 'ner Partei zu sein, weil man dann auch mal diskutiert, das trägt ja auch zur Meinungsbildung dann bei.

*Int:* Und kannst du das irgendwie an 'nem konkreten Beispiel festmachen oder so, [wo sich was verändert hat?

*P1:* ]Ja, ähm, zum Beispiel war ich früher für Bundeswehreinätze tatsächlich. Zum Beispiel war ich für Afghanistan-Bundeswehreinatz, weil mich irgendwie, weiß ich nicht, also die Medien haben es irgendwie so gut dargestellt, und, aber durch die [Partei] habe ich dann eher 'ne andere Meinung eingenommen, so eingenommen eher für den Friedenssache so zu stehen, Abrüstung und so weiter. Ist jetzt zwar schon ein bisschen so links, aber es ist eben so, also.

Eine andere Befragte berichtet eher davon, dass Ihre Meinung prinzipiell gleich geblieben ist, sie aber nun besser und differenzierter argumentieren kann. Sie hat ihre Meinung nicht revidiert, sieht aber jetzt eine weiterreichende Bedeutung und kann sie besser im politischen Kontext verorten:

*Int: Und wie ist das. Was denkst du hat dich auch die politische Arbeit verändert im Laufe der Zeit? Haben sich Ansichten verändert von dir?*

*SB-3: Ja, auf jeden Fall. Ansichten haben sich nicht direkt verändert, sondern eher intensiviert. Ich war am Anfang so, ja klar bin ich für G9, weil das ist einfach zu kurz G8 so. Aber so wirklich tatkräftige Argumente, so richtig feste Argumente dafür hatte ich dann auch nicht. Wenn man dann hinter die Kulissen schaut und mit den Politikern diskutiert erlebt man das Ganze noch von einer ganz anderen Seite. Das ist dann auf einmal viel heftiger und viel drastischer. Da geht es auf einmal um was. Wenn man als Schüler so in der Schule rumläuft und so denkt boah scheiß Schule so. Das ist noch was ganz anderes als wenn man dann wirklich mit den Politikern an einem Tisch sitzt und mit denen darüber diskutiert und das hat mich auf jeden Fall wahnsinnig geprägt auch dieser Kontakt dann dadurch.*

Ändern kann sich auch die Bereitschaft, sich überhaupt auf die Diskussion politischer Themen einzulassen und die eigene Meinung zu überdenken.

*P-4: Grundlegend hat sich meine Meinung nicht verändert, also so in dem, das Grundgerüst ist eigentlich n Ähnliches wie als ich 14 war, ich kanns halt für mich nur besser formulieren, ich kanns mehr nach Außen tragen, ich kann halt mehr definieren warum es so ist. So damals wars mehr so aus so nem Gefühl heraus und jetzt hab ich für mich klar, so und so [...] es hat sich mehr so gebildet, dass ich besser diskutieren kann und besser mich halt auch mit and... Gegenmeinungen auseinandersetzen kann als früher. Ja, das habe ich gemerkt, diesen Wandel habe ich schon gemerkt, dass da so'n bisschen mehr, ja, ich offener bin auch einer anderen Meinung gegenüber.*

*Int: Warst Du früher nicht so offen?*

*P-4: Nee, ich hat da schon, also ich hab halt dann nicht so schnell eingesehen, wenn ich im Unrecht war, ja [unverst.].*

Durch die Mitarbeit in einer Jugendpartei oder einer sozialen Bewegung können sich Meinungen also verfestigen und ausdifferenzieren aber auch grundlegend verändern. Durch das politische Engagement kann ein Einblick in die Konsequenzen erlangt werden, die mit der Umsetzung einer politischen Forderung verbunden sind bzw. wären. Zudem ist die Auseinandersetzung mit politischen Themen in Diskussionen dazu geeignet, die eigene Meinung zu überdenken und sich ggf. von guten Argumenten überzeugen zu lassen.

#### **4.4.2 Einstellungen zur Demokratie**

Die befragten Jugendlichen waren bis auf eine Ausnahme allesamt der Meinung, dass die Demokratie in Deutschland insgesamt gut funktioniere



(P-1-P-4; SB-2 & SB-3). Diese Zufriedenheit ergibt sich einerseits durch den Vergleich mit weniger bzw. nicht-demokratischen Staaten:

- Int: Ja bestimmt. Und hat sich dein Blick auf so Demokratie so wie wir sie hier in Deutschland haben oder insgesamt das politische System so ein bisschen verändert oder?*
- SB-3: Ja man hat halt wie eben jetzt so, man hat halt jetzt tiefere Einblicke bekommen und sieht an welchen Ecken und Kanten es noch irgendwie hakt und wo no ein bisschen zu wenig ist, aber ich mache zum Beispiel jetzt auch einen Jugendaustausch mit. Für eine Woche nach Tunesien, die kommen auch ne Woche hier hin. Da werden wir auch über Demokratie reden. Und wenn man sich die Lage dann da mal anguckt oder generell in anderen Ländern, dann sollten wir schon sage ich mal, grundsätzlich schon zufrieden sein mit unserer Lage hier in Deutschland. Da haben wir schon eine sehr gute Basis auf der wir arbeiten. Natürlich hakt es dann an der einen oder anderen Ecke mal oder es wird irgendwie nicht beachtet, die Mitbestimmung von Jugendlichen. Aber das lässt sich alles ändern und da sind wir hier auch in Deutschland sehr frei und haben auch grundsätzlich eine gute Basis auf der wir arbeiten können. Also wenn man das dann halt mit anderen vergleicht dann ist das sogar ziemlich gut.*

Vor dem Hintergrund einer solchen Vergleichsperspektive wird die Kritik eher auf einzelne verbesserungswürdige Aspekte bezogen, die sich der Argumentation zufolge jedoch prinzipiell innerhalb des funktionsfähigen demokratischen Systems in Deutschland verändern lassen.

- SB-2: Im Vergleich zu anderen Ländern ist es ein gutes System das gut funktioniert, denke ich. Aber auch innerhalb Deutschland passiert viel, dass sich Politiker, Firmen diktieren lassen, was sie machen. Das stört einen natürlich. Aber ich glaube, im Vergleich zu andern Ländern haben wir es in Deutschland recht gut, auch deswegen ist es eben in Deutschland möglich, dass sich Menschen engagieren können und ihre Meinung frei äußern können. Dass das auch Jugendliche machen können. Aber ich glaube, da können wir in Deutschland schon ganz froh sein, dass wir in dem System sind. Sonst wäre glaub ich das Engagement von vielen Leuten so gar nicht möglich.*

Ein Befragter ist mit dem Funktionieren der Demokratie explizit sehr zufrieden, ist jedoch der Meinung, dass dies in der Öffentlichkeit fälschlicherweise nicht so wahrgenommen werde. Kritische Meinungen der BürgerInnen erscheinen aus dieser Perspektive als ein Vermittlungsproblem.

- P-2: Also ich denke, dass sie ganz gut funktioniert, nur dass irgendwie das nicht so richtig rüberkommt in der Öffentlichkeit. Wenn man das immer so sieht, dieses Bild des Politikers, der dann immer total kritisch gesehen wird und auch so bei den Berufen immer so ganz unten an Vertrauen oder so steht für die Leute, das ist dann immer so ein bisschen erschreckend und man sieht das dann ja auch immer bei der Wahlbeteiligung. Jetzt bei den Kommunalwahlen, bei der Stichwahl gesehen, es wird halt immer weniger und das ist vielleicht ein Problem, was sich die Politik irgendwie annehmen muss. Wo man irgendwie eventuell*

*halt durch Öffentlichkeitsarbeit, durch irgendwelche anderen Formate das ändern muss. Aber an sich ist eigentlich die Politik in Deutschland eigentlich an sich ganz gut aufgestellt.*

Auch wenn die Befragten fast allesamt der Meinung waren, dass die parlamentarische Demokratie funktioniert, übten zwei befragte Parteimitglieder (P-3 & P-4) erhebliche Kritik an dem internen Funktionieren der großen Volksparteien. Insbesondere das Problem der mangelnden, freien Meinungsäußerung und der Machtherrschaft in den Parteien wurden in den Interviews thematisiert (siehe Kapitel 4.5.2.). Dennoch erschien es den Parteimitgliedern interessanter Weise sehr schwierig, diese Missstände auf die parlamentarische Demokratie zu adaptieren und ihre Funktion in den Grundzügen zu hinterfragen.

Von den Befragten übte jedoch eines der Mitglieder einer sozialen Bewegung (SB-1) erhebliche Kritik an der parlamentarischen Demokratie in ihrer aktuellen Form. Stattdessen befürwortet er einen basisdemokratischen Ansatz:

*Int: „Wie würdest du dich da positionieren zur parlamentarischen Demokratie insgesamt oder zur Demokratie wie jetzt so existiert? Was denkst du darüber?“*

*SB-1: „Ich denke, dass das Wort ‚parlamentarische Demokratie‘ dass das ‚parlamentarisch‘ da ein Abstrich bei der Demokratie ist. [...] Wenn Demokratie sein soll, das man sich die Herrscher und die Leute, die über einen bestimmen sollen, Selbstbild, sozusagen seine Verantwortung, sein eigenes Leben, andern übergibt, und sagt meinetwegen „Gut, ich wähle euch jetzt und dann dürft ihr über mich bestimmen, dann folge ich euch“ dann würd ich sagen, dann lehn ich das ab. Wenn Demokratie jetzt bedeuten würde, dass die Menschen selbst bestimmen können, wie sie leben wollen und das sie darüber abstimmen können die Leute, dann würd ich sagen „Ja, Demokratie! Ja klar!“ [...] Wir sagen halt, ähm es wäre halt optimal, wenn die Macht halt möglichst niedrig gehalten wird, möglichst klein. Das Organisatorische muss natürlich trotzdem irgendwie erreicht werden. Aber wenn man sich überlegt, was für ne Macht die Regierung hat in der jetzigen Zeit und über was sie alles bestimmen kann, ohne die Leute zu fragen, die betroffen wären. Ich mein, Volksabstimmungen sind schwierig, Petitionen sind schwierig zu erreichen. Selbst Petitionen sind ja auch keine Garantie dafür, dass sie auch umgesetzt wird. Ähm, dann würd ich halt sagen „SO NICHT!“*

Dieser in einer sozialen Bewegung aktive Jugendliche zeigt als einziger ein Bewusstsein davon, dass es verschiedene Arten von Demokratie geben

kann. Er verfügt insofern über ein sehr differenziertes Demokratieverständnis und fällt auch im gesamten Interview durch sein fundiertes politisch-theoretisches Wissen auf. Er unterscheidet sich dadurch erheblich von anderen Jugendlichen, die sehr konkrete, einzelne Kritikpunkte äußern, sich jedoch nicht grundsätzlich kritisch gegenüber der parlamentarischen Demokratie positionieren und Systemalternativen nicht in ihre Reflexionen einbeziehen.

Insgesamt konnten wir nur in diesem Interview eine systemkritische Meinung vorfinden. Die anderen Jugendlichen äußern zwar einzelne Kritikpunkte, sind jedoch mit dem politischen System an sich zufrieden. Trotz der tiefgreifenden Kritik an parteiinternen Abläufen (vgl. Kapitel 4.5) sind die Parteimitglieder der Auffassung, dass die parlamentarische Demokratie in Deutschland prinzipiell gut funktioniert.

#### 4.4.3 Einstellungen zu politischer Partizipation

Dezidierte Kritik übten einige der befragten Jugendlichen allerdings am Ausmaß der politischen Beteiligung in Deutschland. Dabei wird deutlich, dass zwar nicht das System grundsätzlich in Frage gestellt wird, innerhalb des Systems jedoch konkrete Änderungen erfolgen sollen. Ein befragtes Parteimitglied kritisiert in dem Interview insbesondere fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen, sich an der Demokratie zu beteiligen:

*P-1: „Ja, ich finde, dass der Bürger viel zu wenig gefragt wird, also, man kann halt nur alle vier Jahre ein Kreuz machen bei der Bundestagswahl, und ich persönlich halte das eben für viel zu wenig. Und ich finde man sollte Volksentscheide einführen [...]“*

Das junge Parteimitglied kritisiert zum einen die langen Wahlperioden und wünscht sich zum anderen mehr Volksentscheide, um den BürgerInnen mehr Möglichkeiten politischer Partizipation zu ermöglichen. Damit

hätte Politik die Chance, direkter auf die Bedürfnisse der BürgerInnen eingehen zu können; und die BürgerInnen hätten die Chance, stärker an der Demokratie mitzuwirken.

Eine andere Auffassung vertreten die anderen beiden Parteimitglieder sowie zwei Mitglieder sozialer Bewegungen (P-3, P-4, SB-2, SB-3). Sie sehen keinen Mangel in den Möglichkeiten politischer Bürgerbeteiligung, sondern konstatieren eine zu geringe Bürgerbeteiligung, die nicht an den Möglichkeiten zu Beteiligung scheitert, sondern an den BürgerInnen selber:

*Int: „Meinst du so insgesamt auf Deutschland gesehen, sollten sich die Menschen oder die Bürger vielmehr und eigentlich alle auch politisch engagieren?“*

*SB-2: „[...] Es gibt einfach auch viele Leute, ich glaube, die interessiert es einfach auch nicht. Aber ich denke, es gibt viele, die interessieren sich, aber die trauen sich vielleicht nicht oder wissen nicht, welche Möglichkeiten es gibt.“*

Sie erklären sich geringe Bürgerbeteiligung am Desinteresse und der Unwissenheit oder den Ohnmachtsgefühlen der BürgerInnen selber. Dieses Problem wird nicht auf strukturelle Mängel zurückgeführt, sondern am Fehlverhalten einzelner Politiker oder einer problematischen Berichterstattung in den Medien festgemacht.

*Int: Wir haben ja schon so ein bisschen über Politik geredet, denkst Du, also funktioniert Demokratie in Deutschland?*

*[...]*

*P-4: Ja, also sie funktioniert, nur es ist halt so, dass Politiker sich teilweise nicht bewusst sind, was für ne wichtige Position sie haben und was für'n wichtigen Meinungsprägenden, also wenn sie was sagen, wie das in den Medien wahrgenommen wird [...] Die Politiker machen sich es finde ich sehr einfach, wenn sie sagen: Ja, Jugendliche sind nicht mehr politisch aktiv, weil die sind desinteressiert, so – schön – so, aber was hat man davon, und das finde ich einfach, das nervt mich bei Politikern [...] das die sich nicht im Klaren sind, wenn sie n Fehler machen, wie groß der ist und dass auch Jugendliche merken dass, die reden, die die gehen dann nicht auf die Straße und meckern darüber, aber sie sind dann nicht mehr politisch aktiv, weil sie sagen, warum soll ich politisch aktiv sein, wenn der Typ eh macht was er will [...].*

Ein anderes Parteimitglied (P-2) hingegen sprach sich im Interview ganz konkret gegen den Ausbau politischer Bürgerbeteiligung aus. Er befür-

wortet die bestehenden Strukturen parlamentarischer Demokratie, womit eine Bürgerbeteiligung bereits als ausreichend gegeben angesehen wird:

*P-2: „Also, ich sehe das total kritisch eigentlich, diese ganze Bürgerbeteiligung, weil wir wählen ja unsere Repräsentanten und ähm, ich sehe das manchmal so, dass diese Repräsentanten dann sagen, ja diese Entscheidung wollen wir jetzt nicht fällen, das geben wir doch jetzt mal an den Bürger zurück. Und das finde ich dann nicht so richtig. Da sollen die dann schon, wenn wir sie dafür gewählt haben, die Verantwortung dann doch übernehmen.“*

Zwar befürworteten fast alle Jugendlichen aus allen Befragungsgruppen die parlamentarische Demokratie, doch besitzt sie bei genauerer Betrachtung der Interviewaussagen einige Mängel. Beispielhaft wird dies an den politischen Partizipationsmöglichkeiten deutlich, deren Funktion je nach politischer Ausrichtung unterschiedlich bewertet werden. Ein befragtes Parteimitglied kritisierte eine Verstärkung bürgerlicher Partizipationsprozesse, da sie den Repräsentantenstatus gewählter Politiker aushebeln würde. Er lehnt folglich eine Stärkung der Bürgerbeteiligung ganz deutlich ab. Andere Parteimitglieder hingegen waren der Auffassung, dass die Teilnahme an solchen Beteiligungsprozessen per se zu gering sei. Dadurch wurde im Interview die Forderung deutlich, politische Partizipationsprozesse im Wesentlichen zu stärken. Auch Mitglieder sozialer Bewegungen hatten dieselbe Auffassung zur Stärkung politischer Partizipationsprozesse.

#### **4.5 Hierarchien und Meinungsäußerung**

Die von uns befragten Jugendlichen sind in verschiedenen politischen Organisationsformen wie Parteien, Vereinen oder Verbänden resp. sozialen Bewegungen aktiv. Diese zeichnen sich durch eine Hierarchie aus, die durch über- und untergeordnete Verhältnisse charakterisiert werden

können. Besonders deutlich zeigt sich das an formal festgelegten Rangordnungen von „höheren“ und „niedrigen“ Positionen sowie den Kommunikationsstrukturen einer Organisation. Es gibt aber auch Organisationsstrukturen, in denen keine Rangordnung festgelegt ist oder diese zumindest nicht so wahrgenommen wird. Die vorherrschenden Hierarchien wurden insbesondere von den Mitgliedern der Parteien ausgiebig thematisiert, deshalb wird diesem Problem hier ein eigener Absatz gewidmet.

#### **4.5.1 Zu den Hierarchiestrukturen**

Die jungen Parteimitglieder berichteten, dass Entscheidungen in ihrer sowie für ihre Partei auf einer Mehrheitsbasis getroffen werden. Das heißt, bei parteiinternen Entscheidungen muss eine demokratische Mehrheit dafür oder dagegen abstimmen. Die Themen und Arbeitsaufgaben werden dabei von höheren Parteimitgliedern vorgegeben. Das weist auf eine Hierarchie innerhalb der Parteistrukturen hin, die dem Top-Down-Prinzip – Anweisungen von oben nach unten – folgt.

Interessant war in diesem Zusammenhang, wie zwei befragte Jugendliche (P-2 & P-4) vom sozialen Druck ihrer Parteimitglieder gesprochen haben, wenn sie eine bestimmte Meinung abgelehnt haben oder sich bei einer parteiinternen Wahl nicht der Mehrheit angeschlossen haben. War ihre Abstimmung non-konform, wurden sie nach der Wahl von anderen Parteimitgliedern angesprochen und überredet, sich der Mehrheit anzuschließen. Doch dabei werde nicht das Für und Wider erklärt, sondern ein sozialer Druck ausgeübt, um sich der Mehrheit anzuschließen. Die Vorgabe, sich der Mehrheit anzuschließen, käme dabei „von ganz oben“. Auf diese Weise werden die Befragten und andere Mitglieder zu einem parteikonformen Verhalten überredet. Problematisch erscheint dies vor dem

Hintergrund, dass ihnen dabei nicht erklärt wird, warum es wichtig erscheinen sollte, sich der Mehrheit anzuschließen. So gaben die befragten Parteimitglieder an, dass eine Meinungsänderung nicht auf rationalen Entscheidungen basiert und auch nicht vernünftig argumentiert wird. Vielmehr wird ein sozialer Druck ausgeübt, den übergeordneten Mitgliedern Folge zu leisten.

*P-4: Und dieses Bild wird eher momentan so vertreten: Da kommt die Entscheidung und die Basis hat dazu ja zu sagen. [...] und dass da auch halt so'n [Politiker] sich hinstellt und sagt, „ey ihr müsst mit ja stimmen“ aber nicht sagt was daran Kacke ist, wenn man gegen die [Partei], also warum man vielleicht auch mal gegen die [Partei] stimmen kann, weils teilweise echt da so, so da ist Irgendwas in der Partei entstanden wo ich dann auch wenn ich gesagt habe ich, dass ich mit nein gestimmt habe, dass da wirklich so, aus som, auch argumentativ niedrigen Punkt lamentiert wurde so: „das musst Du jetzt machen, das ist deine Verantwortung als Mitglied dieser Partei“ und dass fand ich so, dass diese Entscheidung, das wurde so vermittelt als müsse man mit ja stimmen, das fand ich total gefährlich, dass da nicht vernünftig informiert wurde und gesagt wird: Moment, ja, nein, warum ja, warum nein [...] Das nervt mich, dass halt Parteien sehr oft dann die Oberen in der Partei die Basis, von der Basis wollen, dass sie einfach nur ja sagt.*

Auch in den Organisationen sozialer Bewegungen gibt es klare Hierarchien, wie zwei befragte Mitglieder sozialer Bewegungen (SB-2 & SB-3) berichteten. Die Aufgabendelegation von der Haupt- zur Jugendorganisation wird dabei in einem Interview deutlich hervorgehoben. Es existieren innerhalb der Organisation strikte Vorgaben und Regelungen bezüglich der Abstimmungen und Aufgabendelegationen, welche nur in Absprache mit dem Hauptverein erfolgen dürfen:

*Int: „Ja, und so Thema wie Müll lokal ist dann schwierig?“*

*SB-2: „Genau, Lokalsachen sind dann schwierig. Das muss man immer mit [Hauptverein]-Deutschland abgesprochen werden [...]“*

Da die Jugendorganisation im Auftrag der Hauptorganisation zunächst nur überregionale Bereiche abdeckt, müssen Absprachen zu lokalen Themenfeldern, Aktionen oder Aufgaben immer mit der Hauptorganisation getroffen werden. Hier werden über- und untergeordnete Rangverhältnisse zur Hauptorganisation besonders deutlich. So hat sich die Jugendor-

ganisation an die Vorgaben zu halten. Da es allerdings nicht immer einfach erscheint, die Zustimmung für lokale Handlungsaktionen zu erhalten, orientiert sich die Jugendorganisation weitestgehend an die vorgegebenen bundesweiten Thematiken.

Ein junger Interviewpartner (SB-1) aus dem Bereich sozialer Bewegungen berichtete in den Interviews von Entscheidungsfindungen ohne eine formale Rangordnung in ihrer Organisation. Im Interview erzählte er, wie unterschiedliche Meinungen auf Plenarsitzungen ausgehandelt werden:

SB-1: *„Also an dem Plenar nehmen meistens alle teil, außer, das ist unterschiedlich. Das kommt natürlich auch auf die Größe des Camps an. Es gibt Camps, was weiß ich was, mit ein paar hundert Leuten, es gibt Camps mit tausend Leuten. Zum Beispiel bei [Protest] wars halt so. Da ist zum Beispiel die Frage, es gibt Bezugsgruppen. [...] Meistens laufen die über Konsens auch. Ähm, ganz selten über Abstimmungen.“*

Int: *„Wie wird das mit dem Konsens herausgearbeitet?“*

SB-1: *„Durch Jahrzehnte lange Diskussionen.“*

Int: *„Ah ja, okay.“ [lachend]*

SB-1: *„Also nein, sie müssen nicht immer Jahrzehnte lang sein. Ist auch nicht immer. Es ist natürlich einfacher, vor allem da die Menschen politischen interessiert sind, auch zu einer Lösung zu kommen.“*

Es gibt weder Vorgaben von übergeordneten Mitgliedern oder Hauptorganisationen, womit die Jugendorganisation weitestgehend autonom handeln kann. Trotz bestehender Autonomie gibt es innerhalb der Organisation Kommunikationsstrukturen und Prozesse der Entscheidungsfindung, die sich zwar nicht an hierarchischen Rangordnungen orientieren, aber dennoch Regeln haben, an die sich die Mitglieder zu halten haben. Die Entscheidungsfindungen können dabei auf zwei verschiedenen Wegen erfolgen: Entscheidungen werden auf Mehrheitsbasis geschlossen oder die Diskussionen werden so lange geführt, bis es einen Konsens gibt. Dabei können solche Diskussionen auch mal mehrere Stunden in Anspruch nehmen. So zeigt sich hier deutlich, dass Entscheidungen nicht wie bei dem



oben beschriebenen Parteien auf Überreden, sondern auf Überzeugen abzielen.

#### 4.5.2 Über die Möglichkeit (k)einer Meinungsäußerung

Die Ordnung von Organisationen und ihre hierarchischen Strukturen werden noch an einem anderen Merkmal deutlich, nämlich an der Möglichkeit zur Äußerung von Kritik und der Vertretung der eigenen Meinung. Zwar lernen die Jugendlichen während ihres politischen Engagements ihre Meinung argumentativ zu vertreten. Doch zeigt sich, dass die Meinungen nicht immer und überall geäußert werden können. So erzählten die befragten Jugendlichen aus Parteien von anderen Umgangsweisen in der Meinungsäußerung als die Befragten aus sozialen Bewegungen.

Die jungen Parteimitglieder (P-2 – P-4) berichten, dass sie zwar untereinander ihre Meinungen äußern und den eigenen Standpunkt vertreten können, doch gegenüber und innerhalb der Hauptpartei ihre Äußerung immer gut durchdenken müssen. Kritische Äußerungen innerhalb der Partei erscheinen den Jugendlichen problematisch, als Mitglieder der Jugendorganisation der Partei fühlen sie sich allerdings noch eher frei, Kritik zu äußern:

P-2: *„Also im Moment fühle ich mich ganz wohl in der Position wo ich bin, weil ich gerade als [Mitglied der Jugendpartei] auch kritische Sachen sagen kann, die ich jetzt vielleicht in der [Haupt-]Partei, wenn ich da irgendwie eine Position hätte, nicht ganz so einfach sagen kann.“*

Welchen Standpunkt sie vertreten und ob sie Kritik an oder über die Hauptpartei äußern, müssen sie stets abwägen. Ein „falsches“ Verhalten kann Konsequenzen nach sich ziehen, der den Aufstieg in eine „höhere“ Rangordnung negativ beeinflussen kann. Daher muss eine Vertretung des Standpunkts und/oder eine Meinungsäußerung immer gut durchdacht sein:

*Int:* „Wie wäre das, wenn jemand da so kritisch ist und da auch so einen weiten Blick hat über Parteifunktionen und -aufgaben. Wirst du dann eher, kann man dann damit rechnen, dass du eher raus gemobbt wirst oder hättest du wahrscheinlich damit Erfolg, weil es vielen so geht, die das so sehen.“

*P-3:* „Ne, da geht es glaube ich vor allem dann darum, dass viele auch in diese Positionen wollen. Und wenn man dann halt so alles mitnimmt oder so kritisch ist dann auch, dann kann ich mir eher vorstellen, dass man dann nicht unbedingt raus gemobbt wird, aber [...] man bekommt dann einfach keine Mehrheit, weil man nicht die Position teilt mit Leuten, die halt auf diesen Positionen schon sitzen und die darauf Einfluss haben und dann so was entscheiden.“

Die Mehrheit bezieht sich hier nicht auf die Wählerschaft der BürgerInnen, sondern auf die Stimmehrheit innerhalb einer Partei (s.o.). Durch diese Abhängigkeit von der Stimmehrheit werden hierarchische Strukturen und Machtverhältnisse innerhalb in der Partei besonders deutlich.

*Int:* „Ja, also ihr stimmt in der Regel die inhaltliche Ausrichtung dann ab, ne? Und dann muss man sich anschließend auch quasi daran halten, ne?“

*P-2:* „Genau, ja. Und man muss sich halt erst diese Mehrheiten irgendwie suchen, und wenn man sie hat, dann muss man natürlich auch selbst die, die dann nicht da so dafür sind, die sollten dann auch diese Meinung dann doch ein bisschen vertreten“.

So lernen die jungen Parteimitglieder zwar, eine eigene Meinung zu entwickeln – aber gleichzeitig müssen sie besonders darauf achten, ihre Äußerungen strategisch einzusetzen und gegebenenfalls gerade nicht zu vertreten, um sich dem Mehrheitsbild anzupassen. Denn folgen sie nicht der Mehrheit, wird ihr Erfolg und Aufstieg in der Partei unwahrscheinlicher, was ihrem instrumentellen Motiv zum Karriereaufstieg wiederum in die Quere kommen kann (s.o.). Zwar befürwortet keiner der befragten Parteimitglieder dieses hierarchische Machtsystem innerhalb der Parteien, doch da sie besonders dem instrumentellen Motiv des Karriereaufstiegs nachgehen, müssen sie sich gut überlegen, ob eine kontroverse Meinung es Wert ist, den möglichen Karriereaufstieg in der Partei zu gefährden. Das missfällt zwar den jungen Parteimitgliedern, doch sie ordnen sich den Machtverhältnissen unter.

*P-3:* „Also ich muss mich da leider, wie ich das schon sagte, leider so ein bisschen einreihen, weil ansonsten bleibe ich halt die nächsten zwanzig Jahre Vorstands-

*mitglied [der Jugendpartei] quasi [...] also wenn man dann tatsächlich an politischen Entscheidungen mitarbeiten will, auch wirklich mitarbeiten will und auch wirklich gehört werden will, wenn man jetzt mal was sagt, dann, ja, dann muss man sich halt, also zumindest habe ich noch keinen anderen Weg gefunden, dann muss man sich da halt so ein bisschen unterordnen.“*

Hier werden der Wunsch nach Macht und das instrumentelle Motiv besonders deutlich: Man muss sich der mehrheitlichen Parteimeinung unterordnen, wenn man in eine höhere Position gewählt werden will. Kritische Äußerungen bleiben aus, um den eigenen Karriereaufstieg nicht zu gefährden. Die eigene Meinung und das Abstimmungsverhalten orientieren sich somit besonders an den höheren Parteimitgliedern. Darin wird auch der Wunsch und das Streben nach einer Machtposition deutlich: Mit einer höheren Rangposition kann man mitwirken und maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen.

Interessant erschienen hierbei zwei Strategien der jungen Parteimitglieder, die in den Interviews identifiziert werden konnten. Diese zeigen, wie die jungen Parteimitglieder mit diesem Konflikt von instrumentellen Motiv und Unterdrückung der eigenen Meinungsäußerung umgehen. Bei der ersten Strategie geht es darum, sich „durch zu lächeln“:

*P-2: „Ja, man muss wirklich manchmal wirklich gute Miene zum bösen Spiel machen, also auch wenn einem etwas nicht gefällt oder so muss man da manchmal wirklich durch, und durch lächeln. Aber das schafft, das lernt man dann auch ein bisschen.“*

Die Gefühle werden für instrumentelle Zwecke eingesetzt und spiegeln nach außen nicht jene Emotionen wider, die tatsächlich empfunden werden. So sollen die anderen Parteimitglieder nicht erkennen, welchem inneren Konflikt man ausgesetzt ist. Vielmehr soll der instrumentalisierte Einsatz von Gefühlen beim Gegenüber Zufriedenheit auslösen.

Bei der zweiten Strategie geht es darum abzuwägen, ob und was man sagt:

*P-3: „Aber Fakt ist auf jeden Fall, dass man da schon überlegen muss, was man sagt.“*

Diese kognitive Strategie des Abwägens wird – wie bereits oben erwähnt – ebenfalls eingesetzt um sich „unterzuordnen“ oder „einzureihen“. Der eigene Standpunkt wird nicht geäußert oder auch nicht vertreten. Mit dem Unterordnen zeigt man den höheren Rangmitgliedern, dass man sich den Hierarchien anpassen kann und damit auch würdig ist, in eine höhere Parteiposition gewählt zu werden. So legen die Parteimitglieder besonderen Wert auf die interpersonale Anerkennung, die man nur unter bestimmten Bedingungen erhält.

In sozialen Bewegungen wird mit der Äußerung von Kritik und der eigenen Meinung, so scheint es, anders umgegangen. So berichten die Jugendlichen, dass Kritik, Konflikte oder Probleme von den Mitgliedern direkt angesprochen und diskutiert werden. Dies könnte dadurch erklärt werden, dass das instrumentelle Motiv für die politische Mitarbeit nicht so sehr im Vordergrund steht und eine Abhängigkeit zu höheren Rangmitgliedern kaum oder gar nicht besteht. Es besteht zwar eine Gefahr, bei anderen anzuecken und nicht dem konformen Meinungsbild zuzustimmen, doch bedroht das nicht direkt den individuellen Karriereweg. So kann ein inhaltlicher Austausch auch als interessant und wertschätzend wahrgenommen werden:

*Int: „Ihr debattiert auch manchmal Themen, die jetzt halt nicht nur die [Ver-eins]-Kampagnen-Themen sind. Oder?“*

*SB-2: „Ja genau. So Wahlen, da reden wir auch ganz offen. Wen wir wählen würden oder so und was wir machen. Und ja ist ja auch toll, dass man sich mit Gleichaltrigen austauschen kann, die sich ja auch dafür interessieren.“*

Es herrscht eine offene Kommunikationskultur, die an keine Bedingungen der Kritik- oder Meinungsäußerung gebunden ist.

Wir beobachten also einen unterschiedlichen Umgang mit Kritik und der eigenen Meinung bei Jugendlichen in Parteien und sozialen Bewegungen: Parteimitglieder müssen besonders darauf achten, was und vor wem sie

ihre Meinung vertreten, wohingegen Mitglieder sozialer Bewegungen ihren eigenen Standpunkt offen artikulieren können. Erklären lässt sich dies vor allem mit dem Motiv der Mitarbeit. Die jungen Parteimitglieder streben nach einem Karriereaufstieg, der sie jedoch gleichzeitig von höheren Parteimitgliedern abhängig macht. Für Mitglieder sozialer Bewegungen stehen eher ideelle Motive im Vordergrund; die weitere Mitarbeit ist nicht von anderen, ranghöheren Mitgliedern abhängig. Dadurch können sie ihre Meinung frei äußern, was bei einem Dissens unter Parteimitgliedern unter Umständen zu einem Problem führen könnte.

#### **4.5.3 Zusammenarbeit mit Parteien und sozialen Bewegungen?**

Es wurde bereits ausführlich auf den Aspekt der sozialen Beziehungen und den Aufbau von Bekanntschaften und Freundschaften eingegangen. Festhalten lässt sich an dieser Stelle, dass Mitglieder von Parteien und sozialen Bewegungen untereinander von beiden Seiten aus gerne soziale Beziehungen zueinander pflegen. Im Folgenden geht es nunmehr um die politische Zusammenarbeit. Diese wird von Parteien als Mehrwert und von einigen Organisationen sozialer Bewegungen als erhebliches Problem angesehen.

So haben die jungen Interviewpartner aus Parteien erzählt, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien und sozialen Bewegungen nicht per se abgelehnt wird. Eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder sozialen Bewegungen erfolgt bei thematischen Überschneidungen oder sich annähernden politischen Zielen. Lukrativ erscheint eine Zusammenarbeit besonders vor dem Hintergrund, wenn über öffentliche Veranstaltungen neue Wählerschaften gewonnen werden können. Gehen diese politischen

Werte und Ziele auseinander, wird auch keine Zusammenarbeit befürwortet. Zudem war es interessant zu erfahren, dass sich zwischen den verschiedenen Jugendparteien dieselben Konflikte und Auseinandersetzungen wie zwischen den Hauptparteien zu reproduzieren scheinen.

*P-3: „Aber die [andere Jugendparteien] behaupten zum Beispiel auch, dass die [linke Jugendpartei], dass die ja die Demokratie ablehnen würden und dass man sich deswegen mit denen nicht an einen Tisch setzen sollte.“*

So erzählten die jungen Parteimitgliedern von denselben Kontroversen mit anderen Jugendparteien auf Grund unterschiedlicher Wertegemeinschaften, wie sie über die Hauptparteien aus Presse und Medien ebenfalls bekannt sind.

Hingegen trifft bei den befragten Jugendlichen aus sozialen Bewegungen eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder sozialen Bewegungen weniger auf Zustimmung. So hat ein befragter Interviewpartner eine Zusammenarbeit jeglicher Art explizit ausgeschlossen:

*Int: „Arbeitet ihr mit Parteien zusammen?“*

*SB-2: „Nee.“*

*Int: „Gar nicht?“*

*SB-2: „Da kanns halt nicht zu einer Zusammenarbeit kommen, weil das dann wieder nicht überparteilich ist.“ [...]*

*Int: „Was heißt das für Aktionen, die ihr hier lokal macht? Wenn jetzt irgendwie die Grünen oder die Linken kommen und sagen, wir wollen mitmachen, das geht dann nicht?“*

*SB-2: „Nee, das geht dann nicht.“*

Begründet wird dies mit der Bewahrung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Organisation. Aus anderen Gründen, aber mit derselben Konsequenz, lehnt ein weiteres Mitglied einer sozialen Bewegung (SB-3) eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ab. Eine Zusammenarbeit kommt bei ihr nur mit Stadtabgeordneten in Frage, da hier größere Einflussmöglichkeiten gesehen werden. Nur eins der befragten Mitglieder

erzählte im Interview, dass es sich eine Zusammenarbeit mit Parteien und anderen Organisationen sozialer Bewegungen vorstellen kann:

SB-1: *„Also von der Kooperation würde ich sagen, kann und sollte man auch kooperieren. Zum Beispiel wenn es gegen Faschismus geht. Wenn es gegen Umweltzerstörung geht. [...] Irgendwie, da demonstriert man dann mit den Leuten dagegen. [...] wenn man jetzt gegen Nationalismus und dann sagen die Parteien „Ja, wir auch“ und dann kooperiert man mit denen dann.“*

Eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen kann dabei zu spezifischen Themen erfolgen, sofern sich die politischen Ziele überschneiden.

Wo Parteien einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien und sozialen Bewegungen durchaus offen gegenüber stehen, befürwortete dies nur ein befragtes Mitglied einer sozialen Bewegung. Ein Mitglied einer sozialen Bewegung lehnt eine Zusammenarbeit generell ab, da nur so die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Organisation bewahrt werden kann. Das andere Mitglied berichtete von denselben Gründen, betonte aber im Interview, dass bei der Möglichkeit einer Einflussnahme auf hohe Abgeordnete und Politiker eine Ausnahme gemacht wird und eine Zusammenarbeit angestrebt wird.

#### **4.6 Handlungswirksamkeit und Einflussnahme**

Die Möglichkeiten innerhalb des Engagements auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen werden von den jungen Befragten der Parteien und sozialen Bewegungen zum Teil sehr ähnlich und zum Teil sehr unterschiedlich wahrgenommen.

Die jungen Parteimitglieder berichteten im Interview, dass sie ihre Einflussnahme auf politische Prozesse wesentlich höher einschätzen als es sozialen Bewegungen möglich wäre. So können sie durch ihre Parteiarbeit eine persönliche Beziehung zu höheren Parteimitgliedern und Abgeord-

neten aufnehmen und aufbauen, wie bereits in Kapitel 4.3.1. zum „Sozialen Motiv“ näher erläutert wurde. Das ermöglicht ihnen mit anderen Parteimitgliedern der Länder- und Bundesebene Face-to-Face zu kommunizieren und Einblicke in die parteipolitische Agenda zu erhalten. Zum anderen können die Jugendlichen ihre eigenen politischen Themen und Vorschläge an die Entscheidungsträger heran tragen, die dann im besten Fall besprochen und diskutiert werden:

*P-3: „Ich glaube, dass eine Partei mehr Einfluss hat, weil die Entscheidungsträger ja dann doch meistens eher über eine Partei kommen.“ [...] - „Ja genau, also das war jetzt für das Wahlprogramm, also das war halt für das Kommunalwahlprogramm. Da habe ich dann halt nen Parteitag, also es wird vom Vorstand der Partei oder vom Unterbezirksvorstand, weil das der Unterbezirk [Stadt] ist, äh wird da nen Vorschlag gemacht, der wird dann veröffentlicht, und dann kann man halt noch Änderungsanträge stellen, die dann auf dem Parteitag diskutiert werden.“*

Die befragten Jugendlichen entwickeln durch ihre parteipolitische Arbeit eine subjektiv wahrgenommene politische Kompetenz, die ihnen das Gefühl gibt, durch ihre eigenen Fähigkeiten Einfluss auf die Politik zu nehmen (vgl. Vetter 2006: 241; siehe auch Westle 2006: 222). So ermöglicht ihnen die Mitarbeit in der Jugendpartei, auf internen Parteitagen anwesend zu sein und dort Vorschläge und Änderungen anzubringen und zu diskutieren. Durch dieses interne politische Effektivitätsgefühl erlangen sie eine subjektive Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, Politik zu verstehen und infolgedessen Einfluss auf sie zu nehmen (vgl. Westle 2006: 222).

Aber auch Mitglieder sozialer Bewegungen sind von der Wirksamkeit ihres Handelns überzeugt. Nicht nur Parteimitglieder haben die Möglichkeit, einen sozialen Kontakt zu Politikern und Abgeordneten herzustellen. Auch Mitgliedern sozialer Bewegungen stehen diese Möglichkeiten zu:

*SB-3: „Also es war einerseits halt so der Kontakt zu den Politikern. Der wurde irgendwie einerseits immer näher. [...] Und in der*



*[Organisation] bist du schon etwas offener, hast du schon den ein oder anderen Öffentlichkeitstermin, wo du auch mal ins Rathaus vielleicht gehst und hast auch Stimmrecht in einzelnen Gremien. [...] Und auf der Landesebene haben wir halt, genau, sehr viel Arbeit. [...] Wir machen viele Workshops auf den Landesdelegiertenkonferenzen [...].“*

Auch hier wird die Möglichkeit der Einflussnahme über den Kontakt zu Politikern der Kommunal- und Landesebene genannt (SB-3). Demnach werden der soziale Kontakt und das interne politische Effektivitätsgefühl ebenfalls als sehr bedeutsam wahrgenommen.

Des Weiteren wird das Herstellen einer großen Öffentlichkeit als Möglichkeit der Einflussnahme durch soziale Bewegungen wahrgenommen. So können soziale Bewegungen eine große Masse an Befürwortern für gesellschaftsrelevante Problematiken gewinnen, für die sich die Bewegungen einsetzen. Beispielsweise können Unterschriften für Petitionen gesammelt oder Demonstrationen organisiert werden.

*SB-2: [...] Aber an sich, haben wir viele Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen und zu verändern.*

*Int: Ja, okay. Den Eindruck hast du, dass ihr viele Möglichkeiten habt?*

*SB-2: Ja, doch.*

*Int: Das ist ja interessant, finde ich.*

*SB-2: Gerade weil wir ja auch bei den internationalen Kampagnen mitarbeiten. Zum Beispiel zum Arktisschutz oder so. Wo dann überall auf der Welt [Oranisation] ja was dazu machen. Und wir halt auch. In [Stadt] stehen wir ja auf der Straße und sammeln Unterschriften und am Ende werden die übergeben und dann kann was erreicht werden. Jetzt gerade hat sich zum Beispiel ein großer Konzern dazu verpflichtet, nachhaltiges Palmöl demnächst zu verwenden, ab 2020. Und das ist halt auch ein Teil von den Jugendgruppen, die da mitgearbeitet haben. Ohne die wär das auch nicht so möglich gewesen. Die sind ein wichtiger Teil.*

Durch die Mitarbeit, den Protest und/oder den Zustimmungen vieler BürgerInnen kann ein öffentlicher Druck hergestellt werden, der ihnen große Einflussmöglichkeiten gibt, sich für spezifische Themen einzusetzen und die Aufmerksamkeit auf bestimmte Missstände zu legen.

Beide Befragungsgruppen besitzen eine ausgeprägte subjektive politische Kompetenz. Von den Möglichkeiten, auf Politik Einfluss zu nehmen, eine

Einschätzung der eigenen Fähigkeiten vorzunehmen sowie Politik zu verstehen, berichteten Mitglieder der Parteien und sozialen Bewegungen. Wie der Einfluss auf Politik genommen wird, wird jedoch ganz unterschiedlich beschrieben. Während die Mitglieder der Parteien eher durch den direkten Kontakt mit Politikern auf allen Ebenen sowie über das Einbringen von eigenen Anträgen mitwirken, sehen die in sozialen Bewegungen engagierten Jugendlichen Ihre Gestaltungsmöglichkeiten v.a. darin, eine große Öffentlichkeit herzustellen und somit politischen Druck auszuüben.

Das ausgeprägte Gefühl der vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten bei allen befragten Jugendlichen könnte ein Hinweis auf die Bedeutung subjektiver politischer Kompetenz für ein dauerhaftes Engagement sein.

#### **4.7 Zusammenfassung**

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass eine politische Sozialisation in Parteien und sozialen Bewegungen auf unterschiedliche Art und Weise erfolgt, obgleich auch Ähnlichkeiten festgestellt werden konnten, wie nachfolgend noch einmal zusammenfassend dargestellt wird:

Die Wege zu einer Beteiligung in einer politischen Organisation können ähnlich ablaufen. Entscheidend für den Einstieg sind die politischen Aktivitäten bzw. vornehmlichen Sympathien mit einer politischen Organisation der Eltern. Welcher politischen Organisation die Jugendlichen beitreten, wird beeinflusst davon, in welcher Organisation die Eltern aktiv waren bzw. mit welcher sie sympathisieren. So sind befragte Jugendliche, deren Eltern in einer Partei aktiv sind, derselben Partei beigetreten. Umgekehrt sind junge Befragte einer sozialen Bewegung beigetreten, in denen die Eltern ebenfalls aktiv waren.

Den Zugang zu einer Partei oder einer sozialen Bewegung kann durch eigeninitiatives Handeln erfolgen, beispielsweise über Internetrecherchen und Kontaktanfragen an die jeweilige politische Organisation, die dann eine Einladung zum Stammtisch nach sich ziehen kann. Eine andere Möglichkeit ist ein persönlicher Kontakt mit einem Mitglied der politischen Organisation. So laden die Nachbarin, der Vater oder eine andere nahestehende Person den Jugendlichen zu einem sozialen Event ein.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass die Strategien des Anwerbens neuer Mitglieder sich erheblich von den eigenen Zugangswegen unterscheiden. Hier zeigen sich auch erste Unterschiede zwischen Parteien und sozialen Bewegungen: Während die Befragten aus sozialen Bewegungen für das Anwerben neuer Mitglieder meist öffentlich-politische Kontexte wie beispielsweise Infoständen auf öffentlichen Plätzen auswählen, gehen die Befragten aus Jugendparteien darüber hinaus auch auf sozialen Veranstaltungen wie Sportevents, die keinen direkten Bezug zur parteipolitischen Arbeit aufweisen, auf potentiellen neue Mitglieder zu. Von den befragten Jugendlichen wird das eigene Alter als wesentlicher Vorteil angesehen, um insbesondere Gleichaltrige anzuwerben. Die befragten Parteimitglieder betonen besonders den Gestaltungswert ihrer parteipolitischen Arbeit sowie das Erreichen politischer Ziele als Kollektiv (im Rahmen der Partei). Die jungen Interviewten aus sozialen Bewegungen betonen, sich für die Themen junger Menschen einzusetzen und zeigen in Gesprächssituationen viel Verständnis für soziale Probleme. Auf diese Weise heben sie die Glaubwürdigkeit ihrer sozialpolitischen Arbeit an und versuchen sie so zu unterstreichen.

Das politische Engagement nimmt in der Wahrnehmung der Jugendlichen viel (Frei-)Zeit in Anspruch und muss von Jugendlichen in der Vorbereitung des Abiturs zeitweise eingeschränkt werden. Bei einer Mitarbeit fallen verschiedene Aufgaben an, die sich in sozialen Bewegungen und Parteien z.T. ähneln, z.T. aber auch gänzlich anders sind. So berichten alle Jugendlichen über Text- und Recherchearbeiten zu bestimmten Themen, auch Öffentlichkeitsarbeit zählt zu den Tätigkeiten der Jugendlichen. Die in sozialen Bewegungen aktiven Jugendlichen zeigen Präsenz bei Infoständen, Veranstaltungen, Demonstrationen oder auch bei spezifischen Kampagnen. Auch Aufgaben der Pressearbeit wie das Verfassen von Pressetexten oder Radiointerviews zählen zu den Aufgaben des politischen Engagements in sozialen Bewegungen. Die in Parteien aktiven Jugendlichen berichten hingegen über das Verfassen von Anträgen, der Unterstützung beim Wahlkämpfen und dem Halten von Vorträgen vor einem Parteiplenum oder auf Parteitagen. Durch die politische Mitarbeit erwerben die jungen Befragten aus Parteien und sozialen Bewegungen soziale und berufliche Kompetenzen, wie etwa das Halten von Vorträgen. Dies ist den Jugendlichen auch durchaus bewusst.

Die Jugendlichen berichten über drei Motive für ihr politisches Engagement. Das *instrumentelle Motiv* beschreibt eine Orientierung an den Interessen der eigenen Person, wie etwa Persönlichkeitsentwicklung und Karriereorientierung (vgl. Reinders 2014: 54). Dabei spielen der Erwerb berufsbezogener Kompetenzen und der Aufstieg der eigenen Person innerhalb der Organisation eine entscheidende Rolle. Das *Gestaltungsmotiv* beschreibt das Anliegen, eine konkrete Veränderung im Sinne der eigenen politischen Ziele herbeizuführen. Es geht mit der Überzeugung und dem Wunsch einher, mit der eigenen Partizipation effektiv zu sein (vgl. ebd.).

Während das instrumentelle Motiv und das Gestaltungsmotiv bereits in der Literatur zu den Motiven ehrenamtlichen Engagements bei Jugendlichen genannt werden (Reinders 2014), können wir für politisch engagierte Jugendliche ein weiteres Motiv identifizieren: Das *ideelle Motiv* beschreibt eine grundsätzlich kritische Wahrnehmung der Gegenwartsgesellschaft, die einen Handlungsdruck erzeugt. Das Engagement erfolgt aus dem Gefühl einer Verantwortung, sich für die als gravierend wahrgenommenen Missstände einsetzen zu müssen. Die damit einhergehenden Ziele sind weniger konkret als beim Gestaltungsmotiv. Bei den befragten Jugendlichen spielten meist mehrere Motive eine Rolle. Es wurde jedoch deutlich, dass ein instrumentelles Motiv bei zwei Befragten, die in einer Partei aktiv sind, im Vordergrund stand, während das ideelle Motiv von zwei Befragten, die sich in sozialen Bewegungen engagieren, hervorgehoben wurde.

Neben diesen drei Motiven wurden von den Jugendlichen der Spaß an der Mitarbeit und das soziale Miteinander als wichtige Faktoren für ihr Interesse an der Mitarbeit genannt. Es wurde jedoch klar verneint, dieses als Motiv für die Mitarbeit zu verstehen.

Sowohl Parteien als auch soziale Bewegungen fungieren als politische Sozialisationskontexte und sind Lernorte politischen Urteilens und Handelns. Die Jugendlichen verändern oder vertiefen ihre politischen Ansichten durch den Austausch mit anderen Aktiven. Sie betonen insbesondere, dass Sie ihre Meinungen besser argumentativ vertreten können, seitdem sie politisch engagiert sind. Einige Jugendliche berichten auch, dass sie weniger stark auf dem eigenen Standpunkt beharren und offener für die Meinungen anderer geworden sind.

Auf die Frage, ob die parlamentarische Demokratie in Deutschland funktioniere, bejahten dies nahezu alle Befragten aus Parteien und sozialen Bewegungen. Die positive Sicht auf die Demokratie in Deutschland kam in mehreren Interviews durch eine internationale Vergleichsperspektive zustande, vor deren Hintergrund das politische System in Deutschland wertgeschätzt wird. Ein Jugendlicher aus einer sozialen Bewegung wählte als Vergleichsperspektive verschiedene theoretische Entwürfe von Demokratie und konnte somit auf eine weitaus umfassendere Folie für Kritik an der Demokratie in Deutschland zurückgreifen. Kritische Anmerkungen der Jugendlichen bezogen sich vielfach auf das Verhalten einzelner Akteure oder Regelungen, z.B. zur Bürgerbeteiligung, die innerhalb des existierenden Zuschnittes der parlamentarischen Demokratie verändert werden sollen.

Zum Thema politische Partizipation waren die Befragten weitgehend einig, dass es mehr Partizipation gerade durch Jugendliche geben müsse. Für die geringe Partizipation oder geringes politisches Interesse bei Jugendlichen wurden jedoch unterschiedliche Gründe vermutet. So konstatierten einige Jugendliche, dass es an den Jugendlichen selbst und deren Desinteresse, aber auch Unwissenheit liege. Ein anderer Jugendlicher sieht das Fehlverhalten einzelner Politiker als Hauptursache. Auch zu geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden als Grund für geringe Partizipation angeführt, verbunden mit der Forderung, Bürgerbeteiligung auch im Sinne mehr direkter Demokratie zu stärken. Ein Jugendlicher sprach sich hingegen ganz konkret gegen diese Option aus, da sie den Repräsentantenstatus gewählter Politiker aushebeln würde. Er lehnt folglich eine Stärkung der Bürgerbeteiligung deutlich ab.

Besonders spannend war heraus zu arbeiten, dass die Organisationsstruktur einer Partei und einer sozialen Bewegung mit der Möglichkeiten einer Meinungsäußerung ihrer Mitglieder in einem engen Zusammenhang stehen. So berichteten die Mitglieder der Parteien, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlen, sich den Meinungen ranghöherer Politiker anzuschließen. Es wurde bemängelt, dass in solchen Fällen keine argumentative Auseinandersetzung stattfindet. Bei Mitgliedern sozialer Bewegungen konnte dies nicht in den Aussagen der Interviewpartner wiedergefunden werden: Sie berichteten von einer offenen Diskussionskultur, die dem besseren Argument folgt. Dabei geht es im Wesentlichen um das Überzeugen und Aushandeln verschiedener Standpunkte und weniger um das Überreden, wie es von den in Parteien engagierten Jugendlichen geschildert wurde. Letztere gaben an, sie müssten darauf bedacht sein, was und vor wem sie ihre Meinung vertreten, wohingegen Mitglieder sozialer Bewegungen ihren eigenen Standpunkt offener artikulieren können. Erklären lässt sich dies vor allem mit dem Motiv der Mitarbeit: Die jungen Parteimitglieder streben nach einem Karriereaufstieg, der sie jedoch gleichzeitig von höheren Parteimitgliedern abhängig macht. Mitglieder sozialer Bewegungen, die vornehmlich einem ideellen Motiv nachgehen, können ihre Meinung frei äußern, was bei einem Dissens unter Parteimitgliedern unter Umständen zu einem Problem führen könnte.

Ein weiterer Erkenntnisgewinn aus dem empirischen Datenmaterial bezieht sich auf die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen: Den Aussagen der jungen Parteimitglieder zufolge stehen die eigenen (Jugend-)Parteien einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien sowie sozialen Bewegungen offen gegenüber. Diese Zusammenarbeit befürwortete

nur ein befragtes Mitglied sozialer Bewegung. Die anderen beiden Mitglieder sozialer Bewegungen lehnten hingegen jegliche Zusammenarbeit ab, da sie durch eine Zusammenarbeit mit Parteien ihre Überparteilichkeit gefährdet sehen.

Der Einfluss auf Politik spielt bei den befragten Jugendlichen eine ganz wesentliche Rolle für ihr politisches Engagement. Beide Befragungsgruppen beschreiben jedoch unterschiedlich, wie sie Einfluss auf politische Prozesse nehmen können. Befragte Mitglieder aus Parteien berichteten, dass sie ihren Vorteil parteipolitischer Arbeit im direkten Kontakt zu Politikern auf allen Ebenen der Kommune, des Landes und des Bundes sehen. So können die Befragten bereits im Jugendalter eigene Themen und Agenda auf Parteitag setzen und diskutieren. Dadurch erwerben sie eine subjektive politische Kompetenz, die es ihnen ermöglicht, eine Einschätzung der eigenen Fähigkeiten vorzunehmen sowie Politik zu verstehen. Ebenfalls erhalten sie durch die sozial-politischen Beziehungen die Möglichkeit, Einfluss auf Politik zu nehmen. Von diesen Möglichkeiten haben Mitglieder sozialer Bewegungen im Grunde nicht gesprochen. Nur ein Mitglied erzählte im Interview, dass sie direkten Kontakt zu Politikern hat. Andere Mitglieder sozialer Bewegungen berichteten von einer ganz anderen Möglichkeit, Einfluss auf Politik nehmen: Mit öffentlichen Kampagnen können sozialer Bewegungen sehr viele BürgerInnen erreichen und damit eine große Öffentlichkeit herstellen und mobilisieren, durch die ein öffentlicher, medialer Druck auf Politik(er) ausgeübt werden kann. Die befragten Jugendlichen waren in hohem Maße davon überzeugt, auf diese Weise einen erheblichen Einfluss auf Politik nehmen zu können.



## 5. Ausblick

Die vorliegende Studie ist als Anforschungsprojekt zu einer bisher kaum empirisch untersuchten Frage konzeptualisiert worden. Es handelt sich daher nur um eine erste Annäherung an die Frage nach den unterschiedlichen Bedingungen politischer Sozialisation in Parteien und sozialen Bewegungen. Die dokumentierten Ergebnisse müssen aufgrund der sehr kleinen und nicht systematischen Stichprobe in besonderem Maße als vorläufig betrachtet werden. Sie stützen jedoch die Einschätzung, dass bei einer vergleichenden Perspektive Partei vs. Soziale Bewegung tatsächlich unterschiedliche Bedingungen politischer Sozialisation herausgearbeitet werden können. Es konnten zudem erste Hypothesen herausgearbeitet werden, denen in einer größer angelegten Studie nachgegangen werden könnte, dies sind z.B. folgende Annahmen:

- Während bei parteipolitisch engagierten Jugendlichen instrumentelle Motive im Vordergrund stehen, engagieren sich Jugendliche in sozialen Bewegungen eher aufgrund von ideellen Motiven. Damit verknüpft ist die Frage, wie und wann sich das instrumentelle Motiv bei Jugendlichen in Parteien herausbildet, ist es von Anfang an zentral, oder entwickelt es sich erst im Verlauf der Mitarbeit?
- Jugendliche, die sich in Parteien engagieren, verfolgen konkretere politische Ziele als Jugendliche, die in sozialen Bewegungen aktiv sind.
- Das Gefühl der eigenen politischen Handlungswirksamkeit ist ein zentrales Kriterium für die Entscheidung, weiterhin aktiv zu sein bzw. das Engagement zu beenden. Aus welchen Gründen fühlen sich Jugendliche wirksam, welche Ereignisse können das Gefühl der Wirksamkeit einschränken bzw. beeinträchtigen?

Eine solche Studie müsste die folgenden Kriterien realisieren:

- Eine deutlich höhere Anzahl an Interviews (mindestens 40 zum ersten Erhebungszeitpunkt, 20 mit parteipolitisch engagierten Jugendlichen und 20 mit Jugendlichen, die in sozialen Bewegungen aktiv sind).
- Eine erweiterte Suche im größeren Umkreis nach jungen Engagierten zwischen 14 und 18 Jahren.
- Eine Stichprobenauswahl im Sinne eines „theoretical sampling“, damit einerseits das politische Spektrum abgebildet werden kann, andererseits um sicherzustellen, dass Jugendliche aus Parteien und sozialen Bewegungen sich auch dann unterscheiden, wenn sie in einem ähnlichen politischen Spektrum verortet sind (z.B. Jugendliche aus der Partei „Bündnis90/Die Grünen“ und Jugendliche, die bei Greenpeace engagiert sind).
- Eine Längsschnittstudie, bei der über einen längeren Zeitraum regelmäßig Befragungen durchgeführt werden. Zumindest eine Wiederholungsbefragung sollte angestrebt werden, um zu ermitteln, unter welchen Bedingungen sich Jugendliche weiterhin engagieren oder das Engagement beenden.

Eine ethnografische Beobachtung, die Aufschluss darüber gibt, wie Jugendliche in das Ehrenamt sozialisiert werden und wie sie mit den politischen Akteuren kommunizieren. Der erwartete Erkenntnisgewinn könnte die subjektiven Sinndeutungen der Befragten in den Interviews ergänzen. Dazu sollte eine Teilnahme der ForscherInnen an internen Treffen der Partei/sozialen Bewegung erfolgen. Des Weiteren wäre eine Teilnahme an Protestereignissen wichtig, um auch solche Jugendliche zu erreichen, die sich nur ab und an engagieren.

## Literatur

- Abels, H. & A. König (2010) Sozialisation. Wiesbaden: VS- Verlag.
- Betz, T.; Gaiser, W. & Pluto, L. (2010) Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Bonn: Wochenschau-Verlag.
- Claußen, B. (1980) Politische Sozialisation. Erkenntnisinteressen – Probleme – Aufgaben, in: Ders. (Hg.) Politische Sozialisation in Theorie und Praxis. Beiträge zu einem demokratienotwendigen Lernfeld, München/Basel, S. 1ff.
- Crouch, C. (2004) Post-Democracy. Cambridge: University-Press.
- Dalton, R. J. (2008) The good citizen: how a younger generation is reshaping American politics. Washington: CQ-Press.
- Ecarius, J.; Eulenbach, M.; Fuchs, T. & Walgenbach, K. (Hg.) (2011) Jugend und Sozialisation. Wiesbaden: VS- Verlag.
- Geulen, D. & Hurrelmann, K. (1980) Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie. In: Hurrelmann, K. & Ulich, D. (Hg.) Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim: Beltz, S. 51-67.
- Grob, U. (2009) Die Entwicklung politischer Orientierungen vom Jugend- ins Erwachsenenalter: Ist die Jugend eine spezifisch sensible Phase in der politischen Sozialisation? In: Fend, H.; Berger, F. & Grob, U. (Hg.) Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück: 1527 'Lebensgeschichten' von der späten Kindheit ins frühe Erwachsenenalter. Wiesbaden: VS- Verlag, S. 329-372.
- Hackenbroch, R. (1998) Verbändekommunikation. In: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, S. 482-488.
- Haunss, S. & Ullrich, P. (2013) Viel Bewegung – wenig Forschung. Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik. Soziologie, 42, S. 290-304.
- Hitzler, R. (2014) Wohin des Wegs? Ein Kommentar zu neueren Entwicklungen in der deutschsprachigen „qualitativen“ Sozialforschung. In: Mey, G. & Mruck, K. (Hg.) Qualitative Forschung. Analysen und Diskussionen – 10 Jahre Berliner Methodentreffen. Wiesbaden: Springer VS.

- Hopf, C. (2000) Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, U.; von Kardorff, E. & Steinke, I. (Hg.) Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 349-360.
- Hurrelmann, K.; Rosewitz, B. & Wolf, H. K. (1985) Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim: Juventa.
- Hurrelmann, K. (2002) Einführung in die Sozialisationstheorie. Weinheim/Basel: Beltz.
- ILO (2011) World of Work Report 2011.  
[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms\\_166021.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_166021.pdf) (Letzter Aufruf: 30.09.2013).
- Jörke, D. (2010) Was kommt nach der Postdemokratie? Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 190/2, S. 17-25.
- Kern, T. (2008) Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. GWV Fachverlage GmbH. Ort: Wiesbaden.
- Kevenhörster, P. (2008) Politische Sozialisation. In: Ders. (Hg.) Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S.61-109.
- Kolb, F. (2002) Soziale Bewegungen und politischer Wandel. Deutscher Naturschutzring e.V. – Kurs Zukunftspiloten. Ort: Universität Lüneburg. [http://www.stiftung-bridge.de/fileadmin/user\\_upload/bridge/dokumente/mass\\_studienbrief.pdf](http://www.stiftung-bridge.de/fileadmin/user_upload/bridge/dokumente/mass_studienbrief.pdf) (Letzter Aufruf: 18.12.2014).
- Klecha, S. (2013) Bürgerprotest und Wissenschaft, <http://www.demokratiegoettingen.de/blog/burgerprotest-und-wissenschaft> (Letzter Aufruf: 31.07.2013).
- Klein, A. & Heitmeyer, W. (2011) Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 39, S. 361-383.
- Klein, A. & Heitmeyer, W. (2012) Demokratie auf dem rechten Weg? Entwicklungen rechtspopulistischer Orientierungen und politischen Verhaltens in den letzten zehn Jahren. In: Heitmeyer, W. (Hg.) Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, S. 87-104.

- Kurz, A.; Stockhammer, C.; Fuchs, S. & Meinhard, D. (2007) Das problemzentrierte Interview. In: Buber, R. & Holzmüller, H. (Hg.) Qualitative Marktforschung. Konzepte - Methoden - Analysen. Wiesbaden: Gabler, S. 463-475.
- Leipold, D. (2008) Der rechtsfähige Verein. In: BGB I: Einführung und Allgemeiner Teil. Ort: Tübingen: Mohr Siebeck, S. 432-437.
- Massing, P. (2012) Die vier Dimensionen der Politikkompetenz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62, 46-47/2012, S. 23-29.
- Mayring, P. (2008) Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 10. Neu ausgestattete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz-Verlag.
- Niederbacher, A. & Zimmermann, P. (2000) Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter. Wiesbaden: VS-Verlag
- Picot, S. (2011) Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999-2009. Kurzbericht, August 2011, zweite Auflage, Bertelmann Stiftung, Gütersloh. [http://www.jungbewegt.de/fileadmin/media/jungbewegt/Downloads/Publikationen/FWS\\_Kurzbericht\\_ZweiteAuflage\\_final.pdf](http://www.jungbewegt.de/fileadmin/media/jungbewegt/Downloads/Publikationen/FWS_Kurzbericht_ZweiteAuflage_final.pdf) [Stand: 09.02.2016]
- Reinders, H. (2014) Jugend – Engagement – politische Sozialisation. Gemeinnützige Tätigkeit und Entwicklung in der Adoleszenz. Wiesbaden: Springer VS.
- Rippl, S. (2008) Politische Sozialisation. In: K. Hurrelmann; M. Grundmann & S. Walper (Hg.) Handbuch Sozialisationsforschung. 7. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz-Verlag.
- Rucht, D. (1994) Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, F. (Hg.) Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 337-358.
- Rucht, D. (2011) Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, Jg. 24, H. 3, S. 20-47.

- Rudolf, R.; Bischoff, R. & Leiderer, E. (Hg.) (2011) Protest – Bewegung – Umbruch. Von der Stellvertreter zur Beteiligungsdemokratie, Hamburg: VSA-Verlag.
- Schütz, A. (2004) Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. UVK: Konstanz.
- Soeffner, H.-G. (1989) Auslegung des Alltags – Alltag der Auslegung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- van Bentem, N. (2006) Definitionsansätze zur Organisationsform Verein. In: Vereine, eingetragene Vereine, Dritter-Sektor-Organisationen. Waxman Verlag GmbH: Münster. S. 31-82.
- Vetter, A. (2006) Jugend und ihre subjektive politische Kompetenz. In: Roller, E.; Brettschneider, F. & van Deth, J. (Hg.) Jugend und Politik – Voll normal! Wiesbaden: VS- Verlag, S. 241 – 269.
- von Winter, T. (2013) Parteien, Verbände und Bewegungen. In: Niedermayer, O. (Hg.) Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer Verlag, S. 387-412.
- Walter, F. u.a. (2013) Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Westle, B. (2006) Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen – eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum. In: Roller, E.; Brettschneider, F. & van Deth, J. (Hg.) Jugend und Politik – Voll normal! Wiesbaden: VS- Verlag, S. 209 – 241.
- Wiesendahl, E. (1996) Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation. In: B. Claußen & Geißler, R. (Hg.) Die Politisierung des Menschen. Ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 401-424.
- Willems, U. & Winter, T. von (2007) Verbände als intermediäre Organisationen: Zum Wandel ihrer Funktionen, Strategien, Effekte in einer veränderten Umwelt. In: von Winter, T. & Willems, U. (Hg.) Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-50.
- Zimmer, A. (2007) Vereine – Zivilgesellschaft konkret. 2te Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Witzel, A. (2000) Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/%201132/2519>, [Stand: 09.02.2016]